

Berit Sandberg und Sarah Boriés

**Bürgerstiftungen in den
Printmedien**

Die Autorinnen

Sarah Boriés ist Absolventin des Masterstudiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“ der HTW und HWR Berlin und seit ihrem Abschluss 2012 freiberuflich im Dritten Sektor tätig.

Prof. Dr. Berit Sandberg ist seit 2003 Professorin für Public und Nonprofit-Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.

<http://mango.htw-berlin.de/kontakt/>

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0243-062013op623



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2013

I. Bürgerstiftungen in den Printmedien

Formale Aspekte der Berichterstattung

Sarah Boriés Seite 4

II. Bürgerstiftungen im Spiegel der Presse

Inhaltliche Aspekte der Berichterstattung

Berit Sandberg Seite 29

Sarah Boriés

**Bürgerstiftungen in den Printmedien –
Formale Aspekte der Berichterstattung**

Inhalt

1. Hintergrund der Studie	5
2. Forschungsdesign	8
2.1 Methodischer Ansatz.....	8
2.2 Untersuchungszeitraum	9
2.3 Untersuchungseinheiten.....	9
2.4 Codierung von Merkmalen	10
3. Untersuchungskriterien	10
3.1 Merkmale des Mediums	11
3.2 Merkmale der Berichterstattung	14
4. Ergebnisse der Analyse.....	17
4.1 Fundstellen einschlägiger Berichte.....	17
4.2 Form der Berichterstattung.....	20
5. Zusammenfassung.....	25
Quellenverzeichnis	27

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Intensität der Berichterstattung nach Bundesländern	19
Abb. 2: Intensität der Berichterstattung nach Auflagenhöhe (gedruckt)	20
Abb. 3: Intensität der Berichterstattung nach Datum.....	21
Abb. 4: Intensität der Berichterstattung nach Ressort.....	22
Abb. 5: Berichte nach journalistischer Darstellungsform	23
Abb. 6: Berichte nach Wortanzahl	24

1. Hintergrund der Studie

Ein in Deutschland vergleichsweise neues Phänomen, die Bürgerstiftung, erfährt zunehmend gesellschaftliches Interesse und verstärkt politische und mediale Aufmerksamkeit.¹ Medien spielen in der heutigen Zeit eine wichtige Rolle, vor allem als Vermittler globaler Geschehnisse und politischer oder gesellschaftlicher Zusammenhänge. Zu einem Großteil ist das Bild, das Menschen von der Wirklichkeit haben, von den Medien geformt und von deren Präsenz und Qualität geprägt.

Es ist die Frage, ob Medien lediglich passive Beobachter der Wirklichkeit darstellen und ob sie zu einem objektiven Urteil überhaupt fähig sind. Unbestritten ist, dass Medien durch die Art der Berichterstattung einen großen Einfluss auf das politische Handeln und Denken der Rezipienten ausüben können. Insofern ist die Analyse von Medieninhalten über Bürgerstiftungen, die wichtige Akteure des öffentlichen Lebens darstellen, nicht nur für Menschen, die sich in und für Bürgerstiftungen engagieren und auch andere zu bürgerschaftlichem Engagement ermutigen wollen, von Interesse.

Den Massenmedien Presse, Hörfunk, Fernsehen und Internet werden in einer Demokratie wichtige Funktionen zugeordnet, die sich teilweise stark überschneiden können: Information, Mitwirkung an der Meinungsbildung, Kontrolle und Kritik. Neben der Unterhaltung ist die Bildungsfunktion als eine weitere wichtige Aufgabe zu sehen.² Wegen ihres Einflusses werden die Massenmedien häufig als „Vierte Gewalt“ neben der Legislative, Exekutive und Judikative des klassischen Systems der Gewaltenteilung bezeichnet. Einerseits kann dies implizieren, dass die Medien ihre Einflussmöglichkeiten missbrauchen könnten. Andererseits unterstreicht der Begriff „Vierte Gewalt“ die wichtige Kontrollfunktion, die Massenmedien bei der Aufdeckung von Missständen haben. Medien verstehen sich zudem meist als Anwalt der öffentlichen Meinung gegenüber dem Staat. Sie können durch das bewusste Setzen und Filtern von Themen auch eine aktivierende und mobilisierende Rolle für die Bürger übernehmen.³ „Das Herstellen von Öffentlichkeit spielt dabei eine wichtige Rolle, da die dadurch geschaffene Transparenz des Staatswesens ein wichtiger Bestandteil einer liberalen Demokratie ist.“⁴

Nach wie vor ist die Zeitung in der Bevölkerung das mit Abstand wichtigste Medium für die Information über den eigenen Wohnort und die nähere Umgebung.⁵ 71 %, d. h. drei von vier Deutschen greifen regelmäßig zur gedruckten Zeitung, was einer Reichweite von 46,8 Millio-

¹ Vgl. Maecenata Institut (2005), S. 2.

² Vgl. Meyn (2004), S. 24.

³ Vgl. bpb (2009), 2.-4. Absatz.

⁴ bpb (2009), 4. Absatz.

⁵ Vgl. <<http://www.die-zeitungen.de/leistung/werbeleistung/10-argumente-fuer-die-zeitungen.html>> [2013-04-10], 7. Absatz.

nen Lesern ab 14 Jahren entspricht.⁶ Als Kommunikationsmittel zur Informationsvermittlung werden Zeitungen als aktuell, glaubwürdig und sachlich empfunden. Diese positive Wahrnehmung der Leser von Zeitungen gilt für deren tägliche Berichterstattung.⁷

Auch wenn in Medien veröffentlichte Meinungen nicht mit der öffentlichen Meinung gleichzusetzen sind,⁸ ist anzunehmen, dass medial verbreitete Meinungen die öffentliche Meinung über Bürgerstiftungen beeinflussen und dass umgekehrt die öffentliche Meinung über Bürgerstiftungen auf Medieninhalte Einfluss nimmt.

Für Bürgerstiftungen ist dieser Zusammenhang relevant, weil sie anders als die demokratiepolitisch problematische klassische Stiftung⁹ auf Partizipation und Mitbestimmung ausgerichtet und nach ihrem Selbstverständnis in der Breite der Gesellschaft verankert sind. Bürgerstiftungen werden von einer Vielzahl von Stiftern errichtet und getragen. Die Heterogenität der Stifter kann sich positiv auf die Reflexion der lokalen Bevölkerung im Sinne der bewussten Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsgruppen und -schichten und auf die Akzeptanz und Verankerung der Bürgerstiftung in ihrem lokalen Wirkungsbereich auswirken.¹⁰ Als Gemeinschaftsstiftungen sind Bürgerstiftungen auf finanzielle und zeitliche Unterstützung¹¹ und insofern auf das Vertrauen und das Wohlwollen der allgemeinen Öffentlichkeit angewiesen.

Aus juristischer oder verwaltungswissenschaftlicher Sicht existiert bislang keine Definition von Bürgerstiftungen. Die Eigenschaften, die eine Organisation aufweisen muss, um sich Bürgerstiftung nennen zu dürfen, sind unter den Bürgerstiftungen selbst, bei den Mittlerorganisationen und in der Wissenschaft umstritten.¹² Konsens besteht darin, dass Bürgerstiftungen eine moderne Form bürgerschaftlichen Engagements darstellen, deren elementarstes Merkmal die regionale Begrenzung des Stiftungszwecks ist. Demnach werden mit den Erträgen des Stiftungskapitals ausschließlich gemeinnützige Zwecke innerhalb einer Gemeinde, eines Landkreises oder einer Region verfolgt.¹³

Meist wird eine Bürgerstiftung als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts statuiert und unterliegt den Richtlinien der §§ 80 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches. „Eine Bürgerstiftung ist eine selbstständige und unabhängige Institution zur Förderung verschiedener gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke in einem geographisch begrenzten, d. h. lokalen oder regiona-

⁶ Vgl. <<http://www.die-zeitungen.de/leistung/werbeleistung/aktuelle-reichweiten.html>> [2013-04-10], 1.-2. Absatz.

⁷ Vgl. <<http://www.die-zeitungen.de/leistung/werbeleistung/10-argumente-fuer-die-zeitungen.html>> [2013-04-10], 7. Absatz.

⁸ Vgl. Meyn (2004), S. 28.

⁹ Vgl. Anheier/Appel (2004), S. 11; Sandberg (2011), S. 86.

¹⁰ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 337, 339.

¹¹ Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 19.

¹² Vgl. Hinterhuber (2005), S. 337 f.

¹³ Vgl. von Rotenhan (2005), S. 311.

len Wirkungsraum, die einen langfristigen Vermögensaufbau betreibt und ihre Organisationsstruktur und Mittelvergabe transparent macht“,¹⁴ d. h. in die Öffentlichkeit trägt und insofern von medialen Multiplikatoren profitiert.

Neben fördernden Tätigkeiten können Bürgerstiftungen über eigene Projekte operativ gestaltend agieren. Entsprechend ihrem regelmäßig breiten Stiftungszweck werden Bürgerstiftungen in verschiedenen Tätigkeitsbereichen aktiv. Soziale Belange in der Kinder und Jugendhilfe werden ebenso gefördert, wie die Bereiche Gesundheit, Kultur oder Ökologie. Der Nutzen eigener Projekte liegt nicht zuletzt in der Öffentlichkeitswirksamkeit, denn diese dient neben inhaltlichen Gesichtspunkten auch zur Profilierung der Bürgerstiftung.¹⁵

Mittlerorganisationen wie die Initiative Bürgerstiftungen beim Bundesverband Deutscher Stiftungen und der Verein Aktive Bürgerschaft haben sich zum Ziel gesetzt, die Idee der Bürgerstiftung zu verbreiten. Das schlägt sich in Kampagnen und Events nieder. 15 Jahre nach der Gründung der ersten deutschen Bürgerstiftung wurden diese besonderen Stiftungen zum Schwerpunktthema der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 16. bis 25. September 2011. Der 23. September 2011 war dabei als spezieller Thementag für Bürgerstiftungen vorgesehen. Unter dem Leitsatz „Engagement macht stark!“ waren Bürger in ganz Deutschland aufgerufen, sich mit eigenen Aktionen und Veranstaltungen an der vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) organisierten Woche zu beteiligen.¹⁶

Diese Aktionswoche wurde zum Anlass für die vorliegende Studie. Angesichts der Tatsache, dass Bürgerstiftungen darauf abzielen, zur Festigung des Gemeinwesens beizutragen und den Gemeinsinn zu fördern,¹⁷ sollte untersucht werden, ob und wie Medien über Bürgerstiftungen in der Woche des bürgerschaftlichen Engagements berichtet haben. Die Studie beschränkt sich auf das Leitmedium Zeitung.

Die Studie ist dem Forschungsbereich der Medieninhaltsforschung¹⁸ zuzuordnen. Sie wurde jedoch nicht als Medienresonanzanalyse angelegt, untersucht also nicht den Zusammenhang zwischen Kommunikationsmaßnahmen von Stiftungen und dem darauf folgenden Medienecho, sondern wurde als Inhaltsanalyse konzipiert. In Anlehnung an den "Pionier der Medienanalyse", *Harold D. Lasswell*, lauten die Kernfragen: „Wer sagt was in welchem Medium wann, wo und wie?“¹⁹ Wie stellt sich die Berichterstattung über Bürgerstiftungen in den deutschen Printmedien dar?

¹⁴ Schmied/Walkenhorst (2006), S. 4, im Original z. T. hervorgehoben.

¹⁵ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 340 f.

¹⁶ Vgl. <http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com_content&view=article&id=646&Itemid=382> [2013-04-01].

¹⁷ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 341.

¹⁸ Vgl. Bonfadelli (2002), S. 11.

¹⁹ Vgl. Merten/Wienand (2004), S. 5 f.

Im Folgenden werden nach einem Überblick über das Forschungsdesign (Abschnitt 2) und die formalen Untersuchungskriterien (Abschnitt 3) diejenigen Ergebnisse der Analyse präsentiert, die sich auf formale Aspekte der Berichterstattung beziehen (Abschnitt 4). Diese umfassen sowohl Merkmale der Medien, wie Gattung, Auflage und Reichweite, als auch Merkmale der Berichterstattung, wie Umfang und Form der Darstellung. Daran anknüpfend stellt der Beitrag von *Sandberg* die Ergebnisse der qualitativen Analyse vor.

2. Forschungsdesign

2.1 Methodischer Ansatz

Die Grundidee der Inhaltsanalyse (Textanalyse, Aussagenanalyse, content analysis),²⁰ Schlussfolgerungen aus der systematischen Untersuchung von Mitteilungen zu ziehen, ist bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts bekannt.²¹ „Inhaltsanalyse ist eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nichtmanifesten Kontextes geschlossen wird.“²² Eine umfassendere Definition bezeichnet die Inhaltsanalyse als eine „Forschungstechnik, mit der man aus jeder Art von Bedeutungsträgern durch systematische und objektive Identifizierung ihrer Elemente Schlüsse ziehen kann, die über das einzelne analysierte Dokument hinaus verallgemeinerbar sein sollen.“²³

Eine Inhaltsanalyse kann in qualitativer oder quantitativer Form erfolgen. Die qualitative Inhaltsanalyse ist einzelfallorientiert und induktiv, während die quantitative Inhaltsanalyse auf einer kontrollierten Stichprobenziehung basiert und deduktiv vorgeht.²⁴ Für eine Analyse der Berichterstattung über Bürgerstiftungen ist die quantitative Inhaltsanalyse aufgrund der hohen Fallzahl eine geeignete Untersuchungsmethode.

Ausgehend von einem deskriptiven Untersuchungsansatz bestand die Aufgabe darin, das Untersuchungsziel zu bestimmen und danach Zeitungsartikel systematisch und objektiv zu analysieren.²⁵ Vor der eigentlichen Inhaltsanalyse wurde ein Kategorienschema, ein sogenanntes Codebuch, erarbeitet und das Verfahren der Zerlegung der Zeitungsartikel festgelegt, denn die Resultate der Zuordnung von Inhalten zu Kategorien müssen intersubjektiv überprüfbar sein.²⁶

²⁰ Vgl. Merten/Wienand (2004), S. 1.

²¹ Vgl. Schulz (2003a), S. 43.

²² Merten/Wienand (2004), S. 1.

²³ Kromrey (2000), S. 298.

²⁴ Vgl. Mayring (2008), S. 16 ff.

²⁵ Vgl. Früh (2007), S. 147.

²⁶ Vgl. Kromrey (2000), S. 301 f.

2.2 Untersuchungszeitraum

Anlass für die vorliegende Studie war die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 16. bis 25. September 2011. Da der Thementag für Bürgerstiftungen auf den 23.09.2011 gelegt wurde, erstreckt sich der Zeitraum der Analyse vom 16.09. bis zum 06.10.2011. Auf diese Weise konnte die Vor- und Nachberichterstattung zum Thementag Bürgerstiftungen in die Untersuchung einbezogen werden.

Der 1. Oktober ist der Tag der deutschen Bürgerstiftungen. Er wurde 2003 als Tag der Bürgerstiftungen von der Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen eingeführt und ist den Zeit und Geldspendern gewidmet, die sich für ihre Kommune einsetzen.²⁷ Durch die Wahl des Analysezeitraums wurde die vermutete Berichterstattung über diesen Aktionstag ebenfalls berücksichtigt.

2.3 Untersuchungseinheiten

Das Untersuchungsmaterial wurde von dem Ausschnittdienst Presse-Monitor GmbH (PMG) digital in Form von PDF-Dateien für diese Studie unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die PMG stellt mit ihrem Presse-Monitor®-System, eine umfangreiche tagesaktuelle deutschsprachige Pressedatenbank zur Verfügung. In das Presse-Monitor®-System werden täglich rund 150.000 Artikel aus über 1.700 Publikationen, wie Zeitungen, Zeitschriften, diversen Online-Titeln, Newsportalen und Agenturmeldungen gespeist.²⁸

Für die vorliegende Studie wurde die gesamte PMG-Datenbank nach dem Stichwort "Bürgerstiftung" durchsucht. Im Analysezeitraum wurden also ca. 3.150.000 Artikel (21 Tage à 150.000 Artikel) darauf gescannt, ob sie mindestens einmal das Stichwort "Bürgerstiftung" enthielten. Weitere Einschränkungen, wie z. B. eine Eingrenzung auf überregionale Printmedien, wurden nicht vorgenommen.

Das auf diese Weise herausgefilterte Datenmaterial umfasst 745 Datensätze. Diese wurden um 150 Datensätze bereinigt, darunter 40 Dubletten, über 100 Artikel aus Online-Quellen, die teilweise denselben Inhalt wie die gedruckten Artikel aufweisen, sowie Agentur-Meldungen des dapd Nachrichtendienstes.

Das Datenmaterial, das schließlich der Inhaltsanalyse unterzogen und mit der Analyse-Software SPSS²⁹ ausgewertet wurde, umfasst 595 Artikel.

²⁷ Vgl. <www.buergerstiftung-wiesloch.de/2008:tag-der-buergerstiftungen-grund-fur-positiven-rueckblick> [2013-04-01].

²⁸ Vgl. <www.pressemonitor.de> [2012-06-24].

²⁹ Statistical Package of the Social Sciences (SPSS).

2.4 Codierung von Merkmalen

„Content analysis stands or falls by its categories.“³⁰ Die Kategorien, die aus der ganzheitlich erfahrbaren Realität einzelne Aspekte herausgreifen und in Daten überführen, sind die elementarsten Bestandteile einer inhaltsanalytischen Untersuchung. Welche Merkmale von Mitteilungen untersucht werden und auf welche Art und Weise dies geschehen soll, bestimmen die empirischen Kategorien. Die Erhebung sozialwissenschaftlicher Daten besteht im Allgemeinen aus zwei Operationen: dem Definieren der Untersuchungseinheiten und dem Registrieren von Merkmalen dieser Einheiten, die auf bestimmte inhaltliche, formale und/oder gestalterische Attribute analysiert werden.³¹

Gütekriterien für das Codebuch und das darin enthaltene Kategoriensystem der Inhaltsanalyse sind Reliabilität, Validität³² und Objektivität, also der Grad der Unabhängigkeit der Ergebnisse vom Untersucher.³³ Zur Prüfung der durchgeführten Codierung wurde drei Wochen nach Abschluss der Datenerfassung ein Test auf Intra-Coder-Reliabilität durchgeführt. Hierfür wurden 15 zufällig ausgewählte Artikel nochmals codiert. Dies ergab einen Reliabilitätskoeffizienten von 0.93, womit die Intra-Coder-Reliabilität insgesamt als gut und das Kategoriensystem als reliabel angesehen werden kann.

3. Untersuchungskriterien

Das für die Inhaltsanalyse zu Bürgerstiftungen in Printmedien ausgearbeitete Codebuch enthält insgesamt 28 Kriterien, die in der Anzahl der Ausprägungen differieren. 15 Kriterien beziehen sich auf inhaltliche Aspekte der Berichterstattung, die in dem Beitrag von *Sandberg* in diesem Band aufgegriffen werden. 13 Kriterien betreffen formale Aspekte, die im Folgenden beschrieben und anschließend der Analyse zu Grunde gelegt werden. Dabei handelt es sich um fünf Merkmale, die sich auf das Medium beziehen, und acht Merkmale, die den Bericht betreffen.

Merkmale des Mediums

1. Name der Quelle
2. Mediengattung
3. Geographische Reichweite
4. Bundesland
5. Gedruckte Auflage

³⁰ Berelson (1952), zitiert nach Schulz (2003a), S. 53.

³¹ Vgl. Schulz (2003a), S. 53.

³² Zu diesen beiden Gütekriterien s. Schulz (2003a), S. 53 f.; Raupp/Vogelgesang (2009), S. 155.

³³ Vgl. Raupp/Vogelgesang (2009), S. 168-173.

Merkmale der Berichterstattung

1. Datum
2. Ressort
3. Journalistische Darstellungsform
4. Umfang (Wortanzahl)
5. Titel und Untertitel
6. Nennung des Begriffs Bürgerstiftung
7. Thementiefe
8. Visuelle Elemente

3.1 Merkmale des Mediums

(1) Name der Quelle

Das erste formale Merkmal „Name der Quelle“ ist mit 22 Ausprägungen codiert. Hierbei sind sämtliche namhafte Printmedien mit einer Gesamtauflage von teilweise weit über 100.000 Exemplaren codiert. Die ausgewählten Zeitungen sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt, von der *Augsburger Allgemeine*³⁴ über die *Rheinische Post*³⁵ bis hin zur *Berliner Zeitung*.³⁶ Auch überregionale Printmedien wie z. B. die Wochenzeitung *DIE ZEIT*³⁷, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*³⁸, *Die WELT*³⁹ oder *BILD*⁴⁰ sind in diesem Zusammenhang vertreten.

Wichtig ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass viele in der Stichprobe enthaltenen Zeitungen aus mehreren Lokalausgaben bestehen, die teilweise nicht den gleichen Zeitungsnamen tragen. Der Titelkopf unterscheidet sich von Lokalausgabe zu Lokalausgabe. Lokalzeitungen werden als Kopfblatt bezeichnet, sofern sie den überregionalen Mantel vom Hauptblatt des Verlages, meist einer Regionalzeitung, beziehen und den Lokalteil selbst produzieren.⁴¹ Jene Regionalzeitungen arbeiten zusammen mit einer sogenannten Mantelredaktion, d. h. der redaktionelle Teil der Titelseiten ist identisch. Es wurde demnach vor der Feldarbeit festgelegt, dass die Lokalausgaben, wie z. B. die *Düsseldorfer Stadtpost*, deren Zeitungskopf ihre

³⁴ Größte bayrische Abonnement-Zeitung, die zusammen mit den Lokalausgaben eine verkaufte Auflage von über 200.000 Exemplaren erreicht.

³⁵ Mit einer verkauften Auflage von über 320.000 verkauften Exemplaren und 29 Lokalausgaben eine der größten regionalen Abonnenten-Zeitungen in Deutschland. Die *Rheinische Post* gilt als konservativ.

³⁶ Mit über 130.000 Exemplaren die größte Abonnement-Zeitung der Region Berlin-Brandenburg.

³⁷ Überregionale deutsche Wochenzeitung mit über 500.000 verkauften Exemplaren.

³⁸ Überregionale deutsche Abonnement-Tageszeitung mit über 350.000 verkauften Exemplaren. Die *FAZ* spielt in vielen gesellschaftspolitischen Diskussionen eine meinungsbildende Rolle.

³⁹ Deutsche überregionale Tageszeitung mit einer verkauften Auflage von über 250.000 Exemplaren und Regionalausgaben in Berlin und Hamburg. *Die Welt* gilt als bürgerlich-konservativ.

⁴⁰ Größte deutsche überregionale Boulevardzeitung, die werktäglich erscheint. Die verkaufte Auflage beträgt über 2.600.000 Exemplare. Die *BILD* hat eine Bundesausgabe und 27 Regional- und Stadtausgaben. Die Form ihrer Berichterstattung ist oft in der Kritik.

⁴¹ Vgl. Wilke (2003), S. 424.

Zugehörigkeit zu der *Rheinischen Post* ersichtlich macht, als Mutterzeitung (sofern in dem Kriterium „Name der Quelle“ aufgelistet) codiert werden. Der Zeitungskopf ist am oberen Teil der ersten Seite platziert und enthält beispielsweise Angaben wie Zeitungstitel, Datum, Jahrgang und Preis der Zeitung. Die Zugehörigkeit kann zum einen aus dem Corporate Design oder aus dem abgedruckten Namen der Mutterzeitung erkennbar sein.

Mit dieser Variablen soll ermittelt werden, ob eine Berichterstattung über Bürgerstiftungen in diesen ausgewählten bekannten und auflagenstarken Zeitungen stattfand.

(2) Mediengattung

Ein weiteres wichtiges Element in dem Kategoriensystem stellt das vierte Kriterium dar. Dieses weist aus, in welche „Mediengattung“ der Fall einzustufen ist. Hier lässt sich zwischen Tageszeitung, Wochenzeitung, Fachzeitschrift,⁴² Anzeigenblatt, Sonntagszeitung und Sonstiges unterscheiden. Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen differieren bezüglich ihrer Erscheinungshäufigkeit bzw. ihres Erscheinungstages. Fachzeitschriften haben spezielle Inhalte mit einem begrenzten Leserkreis und eine eher kleine Auflage. Bei Anzeigenblättern handelt es sich um periodisch, meist einmal wöchentlich erscheinende Druckwerke, die unentgeltlich und unbestellt verbreitet werden. Sie bestehen überwiegend aus Anzeigen.⁴³

Anhand dieser Variable soll ermittelt werden, in welchen Printmedien bürgerstiftungsbezogene Themen aufgegriffen werden und ob die Berichterstattung in den Tageszeitungen dominiert.

(3) Geographische Reichweite

Das fünfte Merkmal „Geographische Reichweite“ ist mit zwei dichotomen Codierungen ausgestattet. Lokale und regionale Printmedien, deren Verbreitungsgebiet eine bestimmte Region umfasst, sind dem Code 1 zuzuordnen. Code 2 ist den überregionalen Medien vorbehalten, d. h. diese Zeitungen haben eine geographische Reichweite, die sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckt.

Dieses Kriterium soll Auskunft darüber geben, ob Themen, die Bürgerstiftungen betreffen, bevorzugt in lokalen bzw. regionalen oder überregionalen deutschen Printmedien abgehandelt werden.

(4) Bundesland

Um einen Überblick der Verteilung der einzelnen Bundesländer zu erhalten, wurde das dritte Merkmal mit Bundesland codiert. Ergänzend zu den 16 Bundesländern verfügt diese Vari-

⁴² In der PMG-Quellenliste sind keine stiftungsaffinen Fachzeitschriften enthalten.

⁴³ Vgl. Wilke (2003), 422-443.

able über zwei weitere Ausprägungen. Den Printmedien, die eine Reichweite von zwei oder mehr Bundesländern vorweisen (z. B. *Hessische/Niedersächsische Allgemeine Zeitung*), wird der Code 17 zugewiesen. Zeitungen, die nicht auf ein Bundesland begrenzt sind, sondern überregional in allen Bundesländern vertrieben werden, wird der Code 18 zugeordnet.

Hier soll der Frage nachgegangen werden, ob in den Ländern, welche die höchste Bürgerstiftungsdichte vorweisen (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen)⁴⁴, auch dementsprechend intensiver als in den anderen Bundesländern über das Thema Bürgerstiftungen berichtet wird.

(5) Gedruckte Auflage

Das sechste Kriterium untersucht die Auflage des jeweiligen Printmediums. Die Auflage wird nach drei Maßstäben gemessen: die gedruckte Auflage, die praktisch nie zu 100 % verkauft werden kann; die verbreitete Auflage, die sich aus der Summe der verkauften und der verteilten Exemplare ergibt und die verkaufte Auflage, die immer die kleinste Größe der drei genannten darstellt und sich aus den Abonnements und dem Einzelverkauf zusammensetzt.⁴⁵ Aus Gründen wie beispielsweise dem kostenfreien Zugang zu bestimmten Printmedien wird hier die gedruckte Auflage gewählt. Sofern der Verfasserin die Daten zur Auflage nicht bereits durch die PMG vorliegen, ist die Internetseite www.mediadatenonline.com zur Hilfe heranzuziehen oder die zuständigen Redaktionsleitungen zu kontaktieren, um die gewünschte Auflage zu erfragen. Bei der Ermittlung der Auflagenzahl von zu Mutterzeitungen gehörigen Lokalzeitungen (Kopfblatt) werden nur die Werte von letzteren in der Erhebung berücksichtigt. Um die einzelnen Auflagenzahlen einzuordnen, sind für die Untersuchung sechs Cluster entwickelt worden: 125.000 Exemplare, 25.00 bis 150.000, 50.00 bis 1100.000, 100.00 bis 1150.000, 150.00 bis 1200.000, über 200.000.

Mit diesem Kriterium soll eine Einschätzung getroffen werden, wie viele Menschen durch die Printmedien erreicht werden können. Ein vollständigeres Bild über die Verbreitung von Zeitungen als Auflagenzahlen geben Reichweiten-Daten, die mit Hilfe von Leseranalysen ermittelt werden können.⁴⁶ Aus forschungspragmatischen Gründen wurde hier auf Angaben zur Reichweite verzichtet.

⁴⁴ O. V. (2013), S. 67.

⁴⁵ Vgl. Schneider/Raue (2001), 309 f.

⁴⁶ Vgl. Wilke (2003), S. 454.

3.2 Merkmale der Berichterstattung

(1) Datum

Die erste Variable, die die Form der Berichterstattung beschreibt, erfasst das Datum des Artikels und erstreckt sich mit 21 Werten über den gesamten Untersuchungszeitraum. Hier soll die Verteilung der Berichterstattung vom 16.09.2011 bis 06.10.2011 aufgezeigt werden. Gerade im Hinblick auf den Bürgerstiftungsthementag am 23. September und dem Tag der Bürgerstiftungen am 1. Oktober ist es von Interesse, ob die Anzahl der Artikel um diese Ereignisse herum steigt.

(2) Ressort

Das Kriterium Ressort gibt an, unter welchem der Artikel in dem jeweiligen Printmedium erschienen ist. Die Analyse unterscheidet hier zwischen sieben Zuordnungen: Titelseite, Region/Lokales, Seite 3/Meinung, Politik, Gesellschaft/Feuilleton/Kultur, Wirtschaft und „Keine Angabe“. Diese Ressorts stellen typische Einteilungen von Zeitungen dar und können durch Themengebiete wie Sport, Reise, Bildung etc. ergänzt werden.⁴⁷

Ressorts erfüllen den Anspruch des Lesers an eine Übersichtlichkeit der Inhalte. Die Einteilung in Ressorts, die es in allen Medien gibt, dient nicht nur der einfacheren Handhabung für die Leserschaft, sondern auch der Arbeitsfähigkeit der Redaktionen.⁴⁸ Die Zeitung ist ein unverzichtbares Basismedium für die regionale und lokale Kommunikation, vor allem durch die differenzierte und aktuelle Berichterstattung über regionale Geschehnisse.⁴⁹

(3) Journalistische Darstellungsform

Die Kategorie „Journalistische Darstellungsform“ unterteilt sich in sechs Zuordnungen, die sowohl tatsachen-, informations- als auch meinungsbetonte Formen enthalten. Der Bericht ist eine längere sachliche Nachricht und behandelt neben dem Was, Wer, Wann, Wo auch das Wie und Warum. Hintergrundinformationen, die über den Nachrichtenkern hinausgehen zeichnen den Bericht aus.

Der zweiten Ausprägung sind Artikel zuzuordnen, die dem Format „Kommentar/Glosse/Meinung/Leitartikel“ entsprechen. Diese meinungsbetonten Formen sind charakteristisch durch ihr Interpretieren, Erläutern und Bewerten von Ereignissen oder Meinungsäußerungen. Die spezielle Meinungsstilform Glosse hebt sich durch ihre zugespitzte Form der Argumentation, die in einer Pointe mündet, ab. Unter Meinung werden Leserbriefe oder andere Stel-

⁴⁷ Vgl. Schneider/Raue (2001), S. 24.

⁴⁸ Vgl. Schneider/Raue (2001), S. 228.

⁴⁹ Vgl. <<http://www.die-zeitungen.de/leistung/werbeleistung/10-argumente-fuer-die-zeitungen.html>> [2013-04-10], 7. Absatz.

lungennahmen zusammengefasst. Ein Leitartikel formt die Linie der Zeitung, d. h. jener offenbart nicht nur die Meinung eines Einzelnen, sondern der gesamten Redaktion.

Um sehr kurze Meldungen, wie z. B. Presseinformationen von Bürgerstiftungen, in die Untersuchung aufzunehmen, ist die dritte Ausprägung mit „Meldung/Kurznachricht/Notiz/Veranstaltungshinweis“ codiert. Das Interview ist gerade in Bezug auf Menschen, die als Experten oder als Meinungsführer auftreten, eine sehr differenzierte Darstellungsform. Im Vordergrund kann die Haltung einer Person zu bestimmten Sachfragen ergründet oder die Persönlichkeit eines Menschen dargestellt werden. Artikel, in denen Persönlichkeiten oder auch Institutionen, die ein öffentliches Interesse betreffen, vorgestellt werden, sind unter dem Portrait zu subsumieren.⁵⁰

Das Bild sowohl der deutschen Abonnement-Zeitungen⁵¹, als auch derjenigen Zeitungen, die sich durch Leitartikel und Glossen als Meinungszeitungen profilieren, ist geprägt von den tatsachenbetonten Darstellungsformen.⁵² Dies ist insofern von Interesse, als z. B. ein kritischer Kommentar ein anderes Bild bei dem Leser als ein sachlicher Bericht.

(4) Umfang (Wortanzahl)

Das letzte formale Untersuchungskriterium erfasst die Wortanzahl des Artikels. Hier wurde ebenfalls eine ordinal skalierte Gruppierung vorgenommen: 1 bis 50 Wörter, 51 bis 300, 301 bis 500, 501 bis 1.000 und die sehr ausführlichen Artikel mit über 1.000 Wörtern. Titel, Untertitel und ggf. Bildunterschriften wurden hinzugezählt.

Anhand der Wortanzahl sollen Rückschlüsse dahingehend gezogen werden, wie umfangreich und tiefgehend sich Journalisten mit dem Thema Bürgerstiftungen auseinandersetzen. Es kann Artikel geben, die zwar sehr lang und ausführlich sind, aber Bürgerstiftungen im Text nur erwähnen und ein gänzlich anderes Thema bearbeiten.

(5) Titel und Untertitel

Das dritte inhaltliche Kriterium überprüft, ob der Titel des Artikels den Begriff Bürgerstiftung(en) enthält. Hierzu werden auch Erwähnungen im Untertitel des Artikels gezählt. Bei dieser Variablen ist zwischen den dichotomen Ausprägungen „ja“ und „nein“ zu unterscheiden.

Es heißt, die Überschrift sei „die Nachricht über der Nachricht“⁵³. Laut einer Studie aus den USA lesen doppelt so viele Menschen die Überschrift als den Text. Dies wird ferner unter-

⁵⁰ Vgl. Reumann (2003), S. 128-149.

⁵¹ Abonnement-Zeitungen sind Zeitungen, die im Abonnement bezogen werden.

⁵² Vgl. Reumann (2003), S. 133.

⁵³ <www.breitband.dradio.de/die-nachricht-uber-der-nachricht> [2013-04-01].

stützt wenn ein markantes Bild in der Nähe des Titels platziert ist.⁵⁴ Sofern in dem Titel bzw. Untertitel das Wort „Bürgerstiftung“ enthalten ist, könnte dies den Leser stärker anregen, den gesamten Artikel zu lesen, sofern jener sich für Bürgerstiftungen und angrenzenden Themen interessiert.

(6) Nennung des Begriffs Bürgerstiftung

Beim nächsten Analysekriterium Nennung des Begriffs Bürgerstiftung geht es darum, die Anzahl des Terminus Bürgerstiftung im Singular und Plural festzustellen. Die Codierung ist hierbei gestaffelt, sie reicht von einmal bis sechsmal. Sofern die Nennung über sechsmal hinausgeht, wird sie mit „mehr als sechsmal“ codiert. Bildunterschriften und Email bzw. Internetadressen (z. B. mail@buergerstiftung.de) werden dazu gezählt.

Das rhetorische Stilmittel der Wiederholung begünstigt, dass der Text dem Leser eindringlicher gemacht wird und dieser sich hinterher stärker an den Inhalt erinnert. Ein kurzer Artikel mit einer Mehrfachnennung des Begriffs spräche dafür, dass der Journalist das Thema tiefergründiger behandelt hat.

(7) Thementiefe

Das Merkmal Thementiefe wird mit Hilfe von drei Codierungen analysiert. Hier wird überprüft, ob der Artikel allgemein über das Thema Bürgerstiftung oder speziell über eine bestimmte Bürgerstiftung berichtet. Die dritte Ausprägung erfasst die Artikel, die spezielle und allgemeine Aspekte über Bürgerstiftungen kombinieren.

Die Thementiefe zeigt die Differenzierung auf, mit welcher der Artikel behandelt worden ist und lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Inhalte den öffentlichen Diskurs über Bürgerstiftungen prägen und welches Bild von Bürgerstiftungen dem Leser durch die Berichterstattung vermittelt wird.

(8) Visuelle Elemente

Im fünften Untersuchungspunkt wird analysiert, ob visuelle Elemente (Foto/Grafik/Abbildung), die wie bereits erwähnt, eine große Aufmerksamkeit generieren können, den Artikel betreffend genutzt werden. Hier ist zwischen den dichotomen Ausprägungen „ja“ und „nein“ zu unterscheiden.

⁵⁴ Vgl. Schneider/Raue (2001), S. 170.

Ein Foto, das beispielsweise die prominente Schirmherrin einer Bürgerstiftung abbildet, wirkt wie ein Blickfang, der die Leser anlocken soll. Leser nehmen nachweislich zuerst ein Bild oder eine Grafik wahr, bevor sie mit dem Lesen beginnen.⁵⁵

4. Ergebnisse der Analyse

Im Untersuchungszeitraum wurden 595 relevante Analyseeinheiten identifiziert, in denen mindestens einmal das Stichwort „Bürgerstiftung“ enthalten ist. Diese 595 Artikel bilden die Grundlage für die folgenden Aussagen.

4.1 Fundstellen einschlägiger Berichte

(1) Name der Quelle

Zunächst lassen sich für das Kriterium Name der Quelle die folgenden Häufigkeiten feststellen. Der am häufigsten codierte Variablenwert mit 462 Artikeln (77,6 %) entfällt auf alle übrigen Printmedien, d. h. die ausgewählten Zeitungen sind nur mit 133 Beiträgen (22,4 %) vertreten. Weder in Tageszeitungen wie *FAZ*, *Die WELT*, *BILD* und *Der Tagesspiegel* noch in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* erschienen einschlägige Artikel.

Die meisten Fälle sind mit 27 Artikeln in der *Rheinischen Post* zu finden, gefolgt von der *Neuen Westfälischen* mit 21, dem *Südkurier* mit 18, der *Kölnischen Rundschau* mit 13 und der *Süddeutschen Zeitung* mit zwölf Artikeln. Unter diesen Quellen befinden sich allerdings vor allem Lokalausgaben der jeweiligen Zeitungen. So berichtet z. B. die *Süddeutsche Zeitung* mit einem Artikel, der in allen Landkreisausgaben erschien, über ein Benefizkonzert mit Anna-Maria Kaufmann zugunsten der Bürgerstiftung Haar.⁵⁶

Berlin als Hauptstadt und Ausgangspunkt der Woche des bürgerschaftlichen Engagements ist mit vergleichsweise auflagenstarken Tageszeitungen wie *Der Tagesspiegel* oder der *Berliner Zeitung* nicht vertreten. Für ganz Berlin werden in der Erhebung zwei Artikel in dem wöchentlich erscheinenden Anzeigenblatt⁵⁷ *Berliner Woche* gezählt.

(2) Mediengattung

97,3 % der Artikel sind der Mediengattung Tageszeitung zuzuordnen. Zwölf Beiträge (2 %) wurden als Anzeigenblatt, drei (0,5 %) als Sonntagszeitung und einer (0,2 %) als Fachzeitschrift registriert. Wochenzeitungen und sonstige Publikationen kamen nicht vor.

⁵⁵ Vgl. Schneider/Raue (2001), S. 128, 153.

⁵⁶ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* Landkreisausgaben, vom 23.09.2011, o. S.

⁵⁷ Nach der PMG-Quellenliste ist die *Berliner Woche* ein Anzeigenblatt. Die *Berliner Woche* ordnet sich selbst als Wochenzeitung ein. Vgl. <<http://www.berliner-woche.de/verlag/print-werbung/>> [2013-04-10].

(3) Geographische Reichweite

Dieses Kriterium bestätigt die regionale Ausrichtung, die die mangelnde Präsenz des Themas in überregionalen Medien andeutet. Nur 1 % der 595 Artikel weisen eine überregionale geographische Reichweite auf, das entspricht lediglich sechs Artikeln. Demnach haben 589 Artikel (99 %) eine lokale bis regionale geographische Reichweite.

(4) Bundesland

Der Schwerpunkt der Verteilung der Berichterstattung nach Bundesländern liegt in den alten Bundesländern. 92 % der Artikel wurden in Westdeutschland und 7,3 % in Ostdeutschland publiziert. Auf die restlichen 0,7 % entfallen der Stadtstaat Berlin⁵⁸ und die Kategorien „über zwei oder mehr Bundesländer“ und „alle Bundesländer“.

Die größte Bürgerstiftungsdichte weist Baden-Württemberg mit sieben Bürgerstiftungen pro eine Million Einwohner auf, gefolgt von Niedersachsen und NordrheinWestfalen.⁵⁹ In diesen drei Bundesländern wurde im Untersuchungszeitraum am meisten über Bürgerstiftungen publiziert. Bundesländer mit einer kleinen Bürgerstiftungsdichte, wie z. B. das Saarland und Sachsen, sind sehr schwach vertreten. In den drei Städten mit der größten Stiftungsdichte – Würzburg, Frankfurt a. M. und Hamburg -,⁶⁰ wurden Bürgerstiftungen jeweils nicht öfter als dreimal erwähnt und das meist nur am Rande. In Berlin, wo der Bundesverband Deutscher Stiftungen mit der Initiative Bürgerstiftungen und der Verein Aktive Bürgerschaft ihren Sitz haben und wo es seinerzeit drei Bürgerstiftungen gab, erschienen nur zwei Artikel zum Thema.

Mit 210 Artikeln (35,3 %) nimmt Nordrhein-Westfalen mehr als ein Drittel aller analysierten Artikel ein und rangiert an der Spitze gefolgt von Baden-Württemberg (16,5 %) und Niedersachsen (9,4 %). Diese, abgesehen von Bayern, drei bevölkerungsreichsten Bundesländer vereinigen mit insgesamt 364 Artikeln fast zwei Drittel der gesamten untersuchten Fälle auf sich. Auch Bayern, das nach der Bevölkerungszahl zweitgrößte und flächenmäßig größte Bundesland ist in der Untersuchung stark vertreten (12,1 %).⁶¹

⁵⁸ Berlin ist als historischer Sonderfall in der Analyse weder als neues noch als altes Bundesland vermerkt.

⁵⁹ Vgl. Aktive Bürgerschaft (2012), S. 6.

⁶⁰ Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (2012).

⁶¹ Vgl. <http://www.statistik-portal.de/statistik-portal/de_jb01_jahrtab1.asp> [2013-04-01].

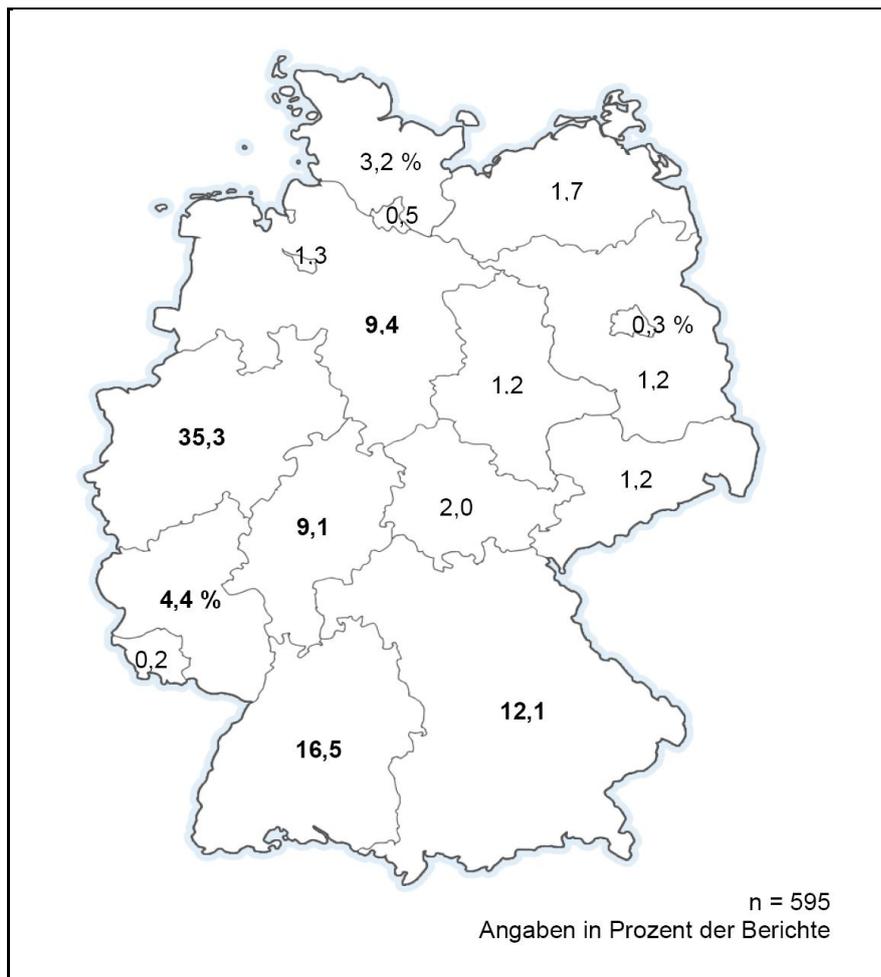


Abb. 1: Intensität der Berichterstattung nach Bundesländern

(5) Gedruckte Auflage

Mehr als zwei Drittel aller Artikel (66,8 %) entfallen auf die Kategorie 1 bis 25.000 Exemplare gefolgt von der nächsthöheren Kategorie 25.001 bis 50.000 Exemplare mit 13,9 % (83 Artikel). Lediglich fünf Beiträge (0,8 %) sind der Kategorie 150.001 bis 200.000 Exemplare zuzuordnen. Printmedien mit einer gedruckten Auflage von über 200.000 Exemplaren machen nur fünf % (30 Artikel) aus. Das wiederum bedeutet, dass 95 % aller Artikel in einer gedruckten Auflage von weniger als 200.000 Exemplaren erscheinen.

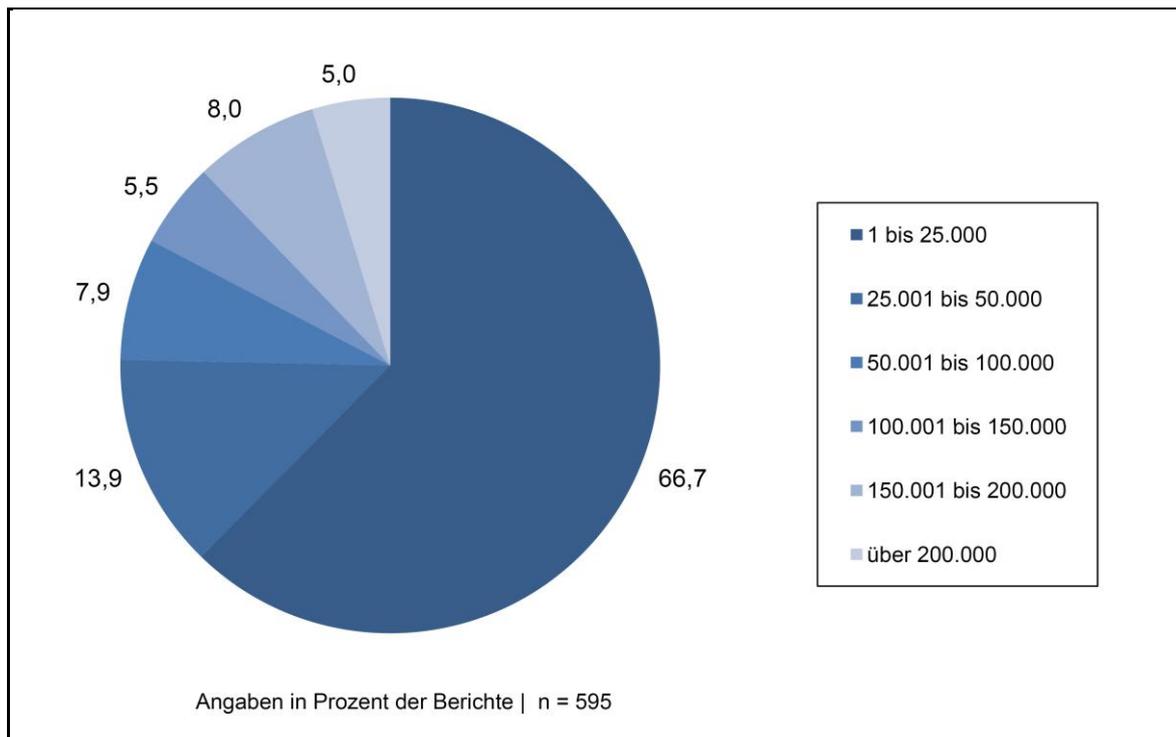


Abb. 2: Intensität der Berichterstattung nach Auflagenhöhe (gedruckt)

4.2 Form der Berichterstattung

(1) Datum

Obwohl sich die Untersuchung vom 16.09.2011 bis 06.10.2011 erstreckt, beginnt die Berichterstattung erst ab dem 21.09.2011. Das bedeutet, vom 16.09.2011 bis einschließlich 20.09.2011 gibt es keinen Artikel, der mindestens einmal das Stichwort Bürgerstiftung enthält. Auch am 28.09.2011 werden keine Artikel zum Thema Bürgerstiftung veröffentlicht.

Innerhalb der Woche des bürgerschaftlichen Engagements (16.09.2011 bis 25.09.2011) sind insgesamt 228 Beiträge (38,3 %) erschienen. 367 Artikel (61,7 %) wurden nach der Veranstaltungswoche veröffentlicht. Der Thementag der Bürgerstiftungen innerhalb der Woche des bürgerschaftlichen Engagements, der 23.09.2011, fiel auf einen Freitag, der mit 63 Artikeln das zweithöchste Artikelaufkommen des gesamten Untersuchungszeitraumes liefert.

Die meisten Beiträge (13,3 %, 79 Artikel) entfallen auf Samstag, den 01. Oktober 2011, den Tag der Bürgerstiftungen. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass ein Bezug zum Tag der Bürgerstiftungen hergestellt wurde. Von den relevanten Artikeln beziehen sich nur 17 auf den Tag der Bürgerstiftungen. Die Samstage mit 125 Artikeln und die Freitage mit 115 Artikeln sind die Wochentage, welche die höchste Anzahl von Veröffentlichungen vorweisen, die Bürgerstiftungen betreffen.

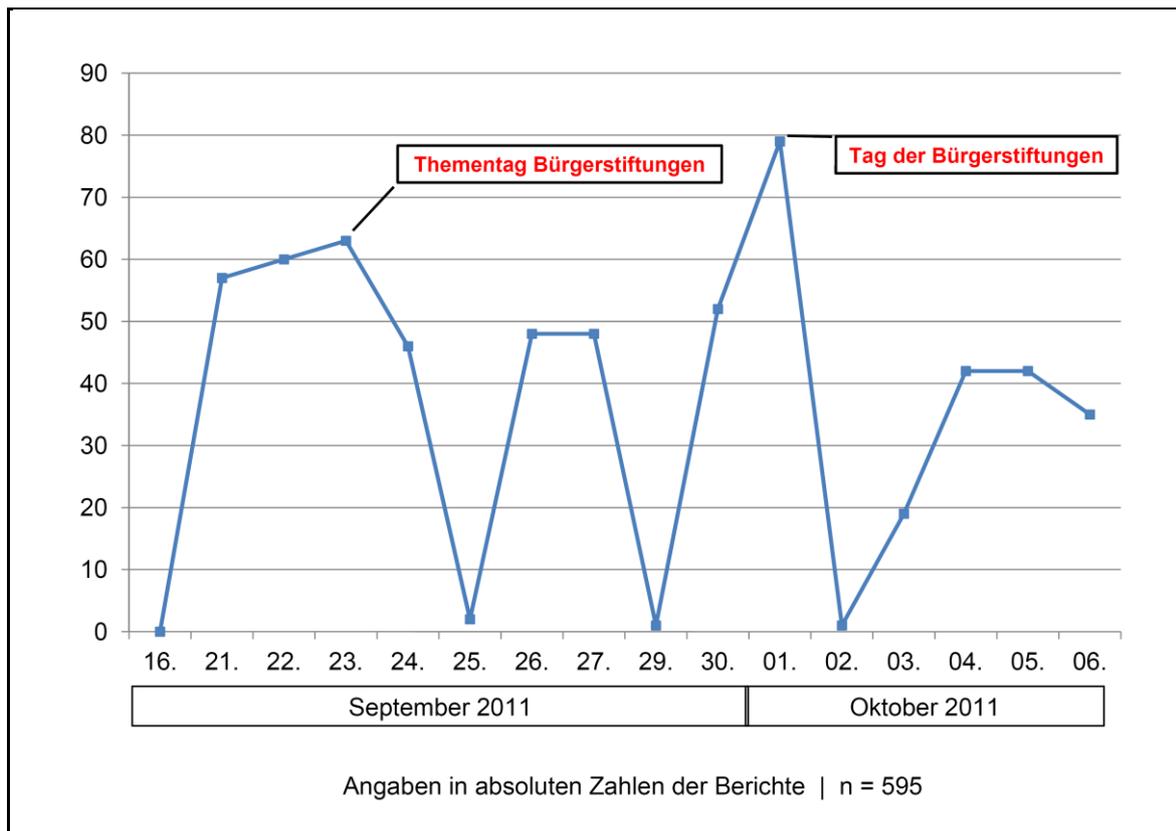


Abb. 3: Intensität der Berichterstattung nach Datum

(2) Ressort

Berichte über Bürgerstiftungen erscheinen überwiegend im Ressort Region/Lokales (93,9 %). Allein 545 Artikel (91,6 %), die in der Mediengattung Tageszeitung erscheinen, sind dem Ressort Region/Lokales zuzuordnen.

Die Titelseite ist mit 17 Fällen (2,9 %) das am zweithäufigsten codierte Ressort. Hier ist einschränkend zu sagen, dass sich hinter diesen Artikeln vor allem kurze „Anreißer“ (Teaser) verbergen, die den Leser darauf hinweisen und „anlocken“ sollen, den gesamten Beitrag auf den folgenden Seiten der Zeitung zu lesen.

Dem Ressort Wirtschaft sind sechs Artikel, „Politik und Gesellschaft/Feuilleton/Kultur“ jeweils fünf zugeordnet. „Seite 3/Meinung“ ist überhaupt nicht vertreten.

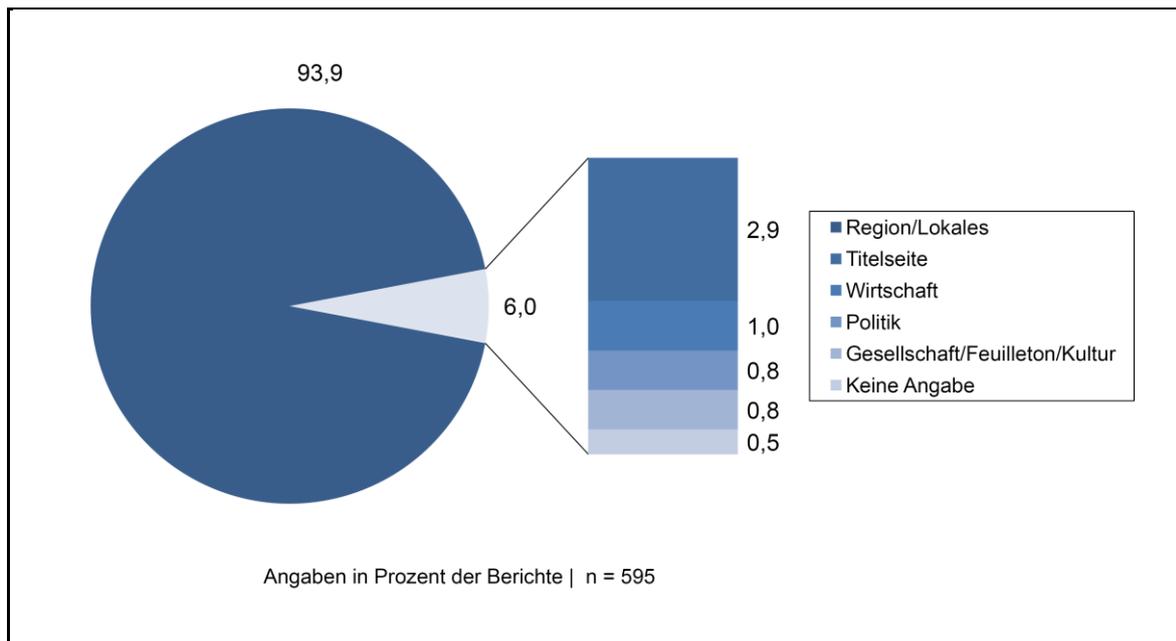


Abb. 4: Intensität der Berichterstattung nach Ressort

(3) Journalistische Darstellungsform

Die journalistische Darstellungsform, die in der Analyse überwiegt, ist mit 361 Artikeln (60,7 %) dem Bericht zuzuordnen. Die zweithäufigste Darstellungsform mit 203 Artikeln (34,1 %) stellt die Kategorie „Meldung/Kurznachricht/Notiz/Veranstaltungshinweis“ dar.

Die Darstellungsform des Interviews wurde neunmal (1,5 %) codiert. Alle Interviewten sind aktive Bürger, die beispielsweise im Stiftungsrat einer Bürgerstiftung tätig sind.

Das Portrait, welches z. B. ein Gründungsmitglied einer Bürgerstiftung vorstellt, wurde achtmal (1,3 %) identifiziert. Vornehmlich handelt es sich bei diesen Portraits nicht zwingend um Portraits, die eine Bürgerstiftung vorstellen, sondern vielmehr um Darstellungen über Menschen, die sich beispielsweise innerhalb einer Bürgerstiftung engagieren oder selbst eine gegründet haben.

Die Ausprägung „Seite 3/Meinung“ kommt in der Erhebung überhaupt nicht vor. Meinungsbetonte Darstellungsformen sind eine Ausnahme. Die Kategorie „Kommentar/Glosse/Meinung/Leitartikel“ ist lediglich mit 13 Artikeln (2,2 %) belegt. Dabei handelt es sich zumeist um Kommentare, die innerhalb eines anderen Kontextes lediglich eine spezifische Bürgerstiftung erwähnen.

Ein Beispiel liefert der *Kölner Stadt-Anzeiger*: „Dabei wagt man sich auch auf umstrittenes Gebiet vor. An der Paffrather Grundschule unterstützt die Gladbacher Bürgerstiftung etwa die Sanierung der Toilettenräume. Ist das eine Aufgabe von Stiftungen? Tatsache ist, dass

ohne diese Hilfe in diesem Jahr nicht saniert worden wäre. Und die Liste der Mängel im öffentlichen Raum ist lang. Gut ausgestattete Stiftungen hätten genug zu tun.“⁶²

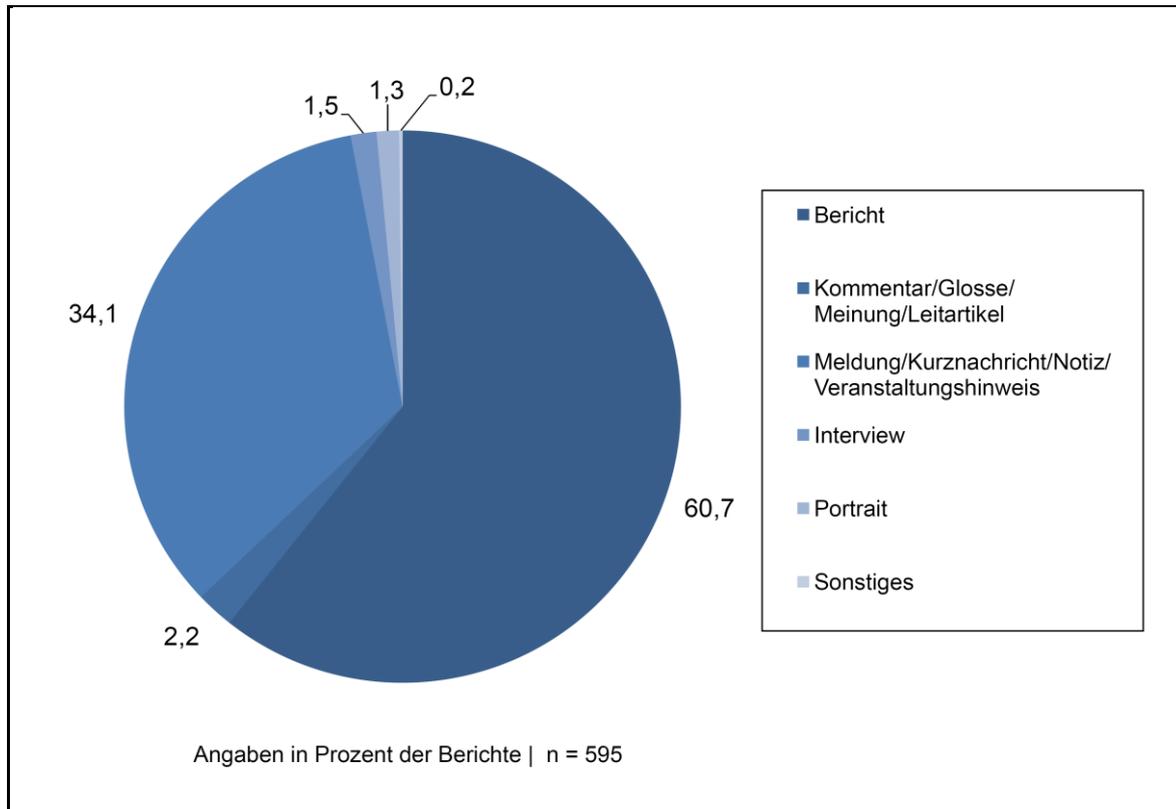


Abb. 5: Berichte nach journalistischer Darstellungsform

(4) Umfang (Wortanzahl)

Bürgerstiftungen tauchen also meist in relativ kurzen Artikeln auf. Bei der Verteilung der nach der Anzahl der Wörter klassierten Artikellängen zeigt sich, dass die relativ kurzen Beiträge im Umfang von 51 bis 300 Wörtern⁶³ mit über 50 % (303 Artikel) die absolute Mehrheit ausmachen. Die kleinste Kategorie mit 1 bis 50 Wörtern⁶⁴ stellt die dritthäufigste Wortanzahlkategorie mit 16,1 % dar. Hierunter fallen vor allem die Veranstaltungshinweise oder Kurzmeldungen der Tageszeitungen. Insgesamt sind 67,1 % aller Beiträge kürzer als 300 Wörter.

Artikel mit einer Wortanzahl von 301 bis 500⁶⁵ gingen mit 23,9 % in die Erhebung ein. Die Klasse „501 bis 1.000 Wörter“⁶⁶ findet sich mit 8,9 % in der Untersuchung wieder. Es gibt nur einen einzigen Beitrag, der länger als 1.000 Wörter ist.

⁶² Kölner Stadt-Anzeiger, Ausgabe Kölner Stadt-Anzeiger Bergisch Gladbach, vom 22.09.2011, S. 33.

⁶³ 300 Wörter entsprechen ca. einer halben DIN A4-Seite mit einzeiligem Zeilenabstand.

⁶⁴ 50 Wörter sind ca. vier Zeilen lang auf einer DIN A4-Seite mit einzeiligem Zeilenabstand.

⁶⁵ 500 Wörter entsprechen ca. einer dreiviertel DIN A4-Seite mit einzeiligem Zeilenabstand.

⁶⁶ 1.000 Wörter entsprechen über anderthalb DIN A4-Seiten mit einzeiligem Zeilenabstand.

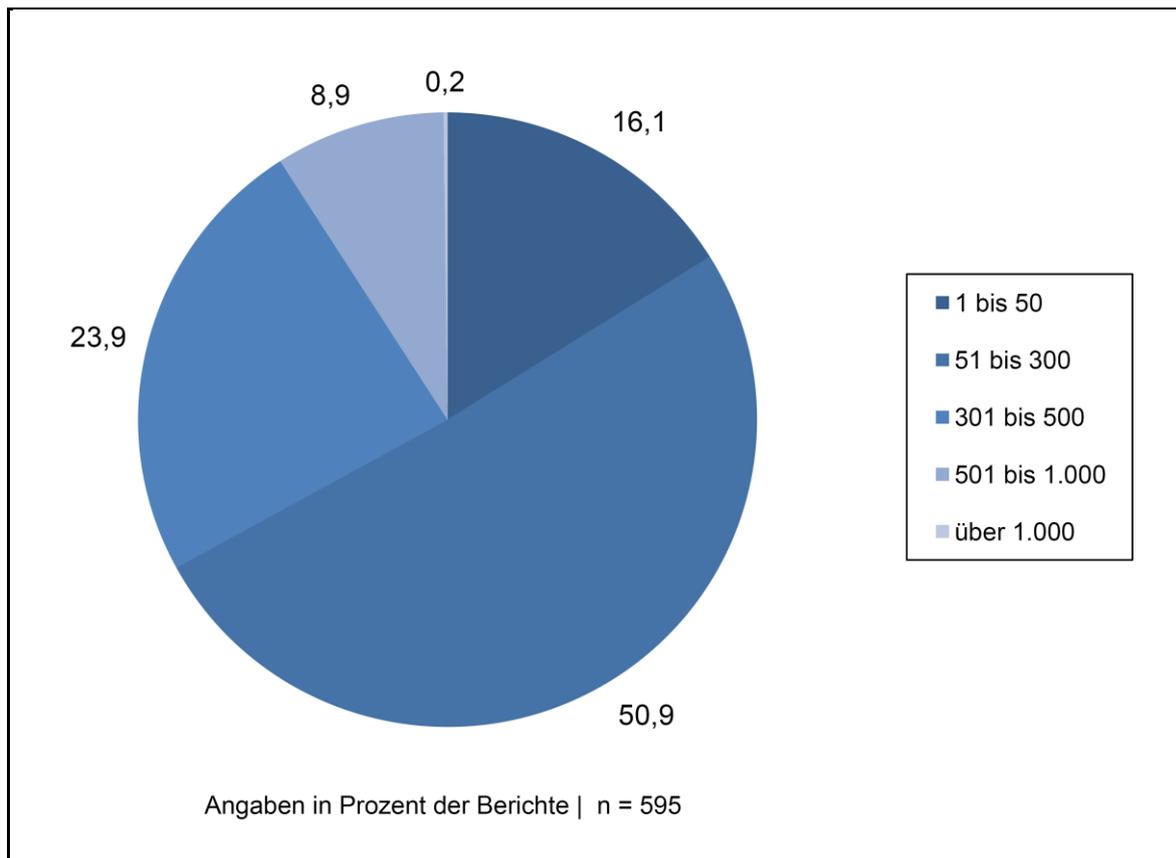


Abb. 6: Berichte nach Wortanzahl

(5) Titel und Untertitel

Von insgesamt 595 Artikeln enthalten 126 (21,2 %) den Terminus Bürgerstiftung(en) in ihrem Titel bzw. Untertitel. Dem stehen 469 Veröffentlichungen (78,8 %) gegenüber, die den Begriff Bürgerstiftung(en) nicht in ihren Überschriften beinhalten. Dies könnte unter anderem daran liegen, dass sich viele Artikel nicht hauptsächlich mit Bürgerstiftungen befassen, sondern diese eher am Rande erwähnt werden.

(6) Nennung des Begriffs Bürgerstiftung

Die Artikellänge sagt nur bedingt etwas über die Ausführlichkeit aus, mit welcher der Artikel das Thema Bürgerstiftung behandelt. Die meisten Artikel (59,7 %) enthalten nur einmal und nicht einmal jeder fünfte Artikel enthält den Terminus Bürgerstiftung zweimal (16,5 %).

Die einmaligen bis dreimaligen Nennungen des Begriffs Bürgerstiftung machen 85,4 % der Gesamtartikel aus und verteilen sich überwiegend, mit 350 Artikeln, in der Klasse „51 bis 300“ des Kriteriums Wortanzahl. Dem stehen 41 Artikel gegenüber, die sechsmal oder häufiger den Begriff Bürgerstiftung enthalten. Diese 6,9 % aller Artikel verteilen sich vorwiegend in der Wortanzahl-Kategorie „51 bis 300“ und „301 bis 500“.

(7) Thementiefe

Die meisten Artikel haben eine bestimmte Bürgerstiftung zum Gegenstand (93,8 %). Nur ein Artikel (0,2 %) berichtet über Bürgerstiftungen im Allgemeinen. 6,1 % der Artikel kombinieren spezielle und allgemeine Aspekte über Bürgerstiftungen.

(8) Visuelle Elemente

Teilweise gehören visuelle Elemente zum Artikel. Mehr als ein Viertel (25,9 %) nutzen Fotos, um die Artikel zu veranschaulichen und mehr Aufmerksamkeit bei der Leserschaft zu generieren. Dem stehen knapp drei Viertel (74,1 %) gegenüber, die auf visuelle Elemente verzichten.

5. Zusammenfassung

Innerhalb des dreiwöchigen Untersuchungszeitraums gibt es ganze sechs Tage, an denen kein einschlägiger Artikel erschienen ist. Mit einem Anteil von 13,3 % wurden die meisten Artikel am 01.10.2011, am Tag der Bürgerstiftungen, veröffentlicht. Für eine genauere Einschätzung, ob es sich bei dem Untersuchungsmaterial von 595 Artikeln um viele oder wenig Beiträge handelt, wären Zeitvergleiche erforderlich.

Die Berichterstattung über Bürgerstiftungen findet hauptsächlich in Tageszeitungen statt. Bei den bekannten und auflagenstarken Zeitungen findet das Thema jedoch keine große Resonanz. Innerhalb der drei Analysewochen ist kein einziger Artikel über Bürgerstiftungen in den überregionalen Tageszeitungen *FAZ* und *BILD* erschienen. Das Gleiche gilt für die überregionale Wochenzeitung *DIE ZEIT*, die regelmäßig Sonderseiten zum Thema Stiftungen herausgibt. Dies lässt vermuten, dass der Nachrichtenwert von Bürgerstiftungen für überregionale Printmedien gering ist. Der Nachrichtenwert entscheidet darüber, wie berichtenswert die Thematik ist und wie stark diese von den Printmedien durch Platzierung, Umfang und Aufmachung herausgestellt wird.⁶⁷

Bürgerstiftungen werden in der Regel weder in der Headline noch durch visuelle Elemente hervorgehoben. Sie sind kein klassisches Schlagzeilenthema, das Journalisten nach dem Motto „only bad news are good news“ verwerten. Dies zeigt sich beispielsweise an dem Begriff „Rettungsschirm“,⁶⁸ der in demselben Zeitraum (16.09. bis 06.10.2011) allein 90 Treffer in der *FAZ* vorweist. Vielmehr handelt es sich bei Bürgerstiftungen um ein „Anliegen am Heimatort“.

⁶⁷ Vgl. Schulz (2003b), S. 355.

⁶⁸ Der Begriff bezeichnet die Gesamtheit der Maßnahmen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Euro-Zone, die dazu dienen sollen, die finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet zu sichern.

Vor allem regionale Tageszeitungen mit gedruckten Auflagenzahlen von bis zu 50.000 Exemplaren greifen bürgerstiftungsbezogene Themen auf. Die Artikel erscheinen zu fast 94 % im Ressort Region/Lokales. Es werden demnach vor allem diejenigen Menschen erreicht, die den Lokalteil „ihrer“ Regionalzeitung lesen. Da das Lokalressort ein bei den Lesern beliebter Teil ist,⁶⁹ muss diese Verteilung nicht von Nachteil für die Erreichbarkeit der Leserschaft sein, denn 83 % der Leserschaft schlagen zuerst den Lokalteil ihrer Zeitung auf. Zudem genießen gerade lokale Medien in Deutschland mit 1.500 Lokalausgaben von Tageszeitungen in insgesamt 20 Millionen Exemplaren eine hohe Glaubwürdigkeit bei der Leserschaft.⁷⁰

Fast alle Artikel (98 %) entsprechen stilistisch den tatsachen- und informationsbetonten journalistische Darstellungsformen. Über ein Drittel davon sind kurze Veranstaltungshinweise. Auch andere einschlägige Artikel sind eher kurz. Zwei Drittel erreichen einen Umfang von höchstens 300 Wörtern. Den öffentlichen Diskurs über Bürgerstiftungen prägen vor allem Artikel, die gezielt über eine Bürgerstiftung berichten. Sie machen 94 % der Fälle aus. Das Phänomen Bürgerstiftung als solches wird nur selten dargestellt.

Obwohl über drei Millionen Artikel sämtlicher Printmedien mit dem Stichwort „Bürgerstiftung“ durchsucht worden sind, haben diese Ergebnisse nur für den Untersuchungszeitraum Gültigkeit. Sie könnten anders ausfallen, wenn weitere Medien, wie z. B. OnlineMedien, ergänzende Suchbegriffe oder ein alternativer Analysezeitraum ausgewählt würden.

Unabhängig davon stellt sich angesichts der Ergebnisse die Frage, was die Bürgerstiftungen in Deutschland tun können, um in Printmedien mehr Aufmerksamkeit zu erregen. Deutschland ist zwar das Land mit dem international höchsten Zuwachs an Bürgerstiftungen, dennoch sollte das Modell der „Stiftung von Bürgern für Bürger“ einen viel höheren Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung erlangen, um mehr Bürger dazu zu motivieren, sich an einer Bürgerstiftung zu beteiligen.

⁶⁹ Vgl. Schneider/Raue (2001), S. 229.

⁷⁰ Vgl. <<http://www.muebri.de/kompetenz/regio-pr.php>> [2013-04-01], 2.-3. Absatz.

Quellenverzeichnis

- Aktive Bürgerschaft (2012): Bürgerstiftungen, Fakten und Trends 2012, Faktenblatt zum Länderspiegel Bürgerstiftungen 2012, Stand 30.06.2012, <http://www.aktive-buerger-schaft.de/fp_files/Aktive_Buergerschaft_Laenderspiegel_BS_2012-Faktenblatt.pdf> [2013-04-01]
- Anheier, Helmut/Appel, Anja (2004): Stiftungen in der Bürgergesellschaft, Grundlegende Fragen zu Möglichkeiten und Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14, 2004, <<http://www.bpb.de/files/2GS7UF.pdf>> [2010-09-10], S. 8-15
- Bonfadelli, Heinz (2002): Medieninhaltsforschung - Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Konstanz
- (bpb) Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Medien, <www.bpb.de/politik/grundfragen/24deutschland/40490/medien> [2013-04-01]
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (2012): Top 50 – Stiftungsdichte in Großstädten, Stand 31.12.2012, <http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Presse/Grafiken_Zahlen_Daten/Top50_Stiftungsdichte_2012.pdf> [2013-04-01]
- Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, 6., überarb. Aufl., Konstanz
- Hinterhuber, Eva Maria (2005): Die Bürgerstiftung – ein Sonderfall?, in: Strachwitz, Rupert Graf/Mercker, Florian (Hrsg.), Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis, Berlin, S. 337-342
- Kromrey, Helmut (2000): Empirische Sozialforschung, Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, 9., korr. Aufl., Opladen
- Maecenata Institut (2005): Monitoring von deutschen Bürgerstiftungen 2003-2005, Konzept für ein Projekt des Maecenata Instituts, Berlin
- Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, 10. Aufl., Weinheim/Basel
- Merten, Klaus/Wienand, Edith (2004): Medienresonanzanalyse, Vortrag vom 07.05.2004, <www.comdat.de/download.htm> [2013-04-01]
- Meyn, Hermann (2004): Massenmedien in Deutschland, Neuaufl., Konstanz
- Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf (2005): Zur Standortbestimmung von Bürgerstiftungen und Zivilgesellschaft, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 9-23
- O. V. (2013): Bürgerstiftungen in Deutschland, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 67-69
- Raupp, Juliana/Vogelgesang, Jens (2009): Medienresonanzanalyse, Eine Einführung in Theorie und Praxis, Wiesbaden

- Reumann, Kurt (2003): Journalistische Darstellungsform, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Publizistik - Massenkommunikation, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 126-152
- von Rotenhan, Götz Freiherr (2005): Überblick über die verschiedenen Stiftungsformen, in: Strachwitz, Rupert Graf/Mercker, Florian (Hrsg.), Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis, Berlin, S. 307-314
- Sandberg, Berit (2011): Stiftungen im Visier der Nationalen Engagemtstrategie, Engagemtpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit, in: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen, 9. Jg., 2011, H. 3, S. 81-87
- Schmied, Alexandra/Walkenhorst, Peter (2006): Bürgerstiftungen, Engagement von Bürgern für Bürger, Gütersloh
- Schneider, Wolf/Raue, Paul-Josef (2001): Handbuch des Journalismus, 5. Aufl., Hamburg
- Schulz, Winfried (2003a): Inhaltsanalyse, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Publizistik - Massenkommunikation, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 42-63
- Schulz, Winfried (2003b): Nachricht, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Publizistik - Massenkommunikation, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 328-362
- Wilke, Jürgen (2003): Presse, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Publizistik - Massenkommunikation, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 422-459.

Berit Sandberg

Bürgerstiftungen im Spiegel der Presse – Inhaltliche Aspekte der Berichterstattung

Inhalt

1. Zur gesellschaftspolitischen Relevanz von Bürgerstiftungen	30
2. Forschungsfrage und Methodik der Studie	33
3. Definition der Untersuchungsvariablen	34
4. Inhalte der Berichterstattung.....	40
4.1 Berichtsansätze	40
4.2 Aussagen über Bürgerstiftungen.....	43
5. Fazit	55
Quellenverzeichnis	57

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anlässe für die Berichterstattung.....	41
Abb. 2: Aussagen über Bürgerstiftungen	44
Abb. 3: Thesen und Antithesen über Bürgerstiftungen	54

1. Zur gesellschaftspolitischen Relevanz von Bürgerstiftungen

Bürgerstiftungen sind anders. Sie sind anders als die klassische Stiftung und anders als die traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerstiftungen verstehen sich als Stiftungen „von Bürgern für Bürger“. Es stiftet nicht einer, sondern viele, und es geht nicht um das, was ein einzelner Stifter für gemeinnützig hält und sei es noch so exotisch, sondern um Anliegen, die eine Stiftergemeinschaft für förderungswürdig hält. Diese Interessengemeinschaft ist „mehr“ als eine Initiative, weil ihre rechtsfähige Organisationsstruktur auf Dauer angelegt ist, aber „weniger“ als ein Verein. Bürgerstiftungen haben keine Eigentümer und keine Mitglieder. Wie andere Stiftungen auch, gehören sie sich selbst. Das wichtigste konstituierende Merkmal einer Bürgerstiftung ist ihr Zweck. Jede Bürgerstiftung soll in ihrem örtlich begrenzten Einzugsbereich einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, indem sie die Erträge ihres Stiftungskapitals für Fördermaßnahmen oder eigene Projekte einsetzt.

Die erste Bürgerstiftung erinnert von ihrer Entstehungsgeschichte her noch an das Modell des vermögenden Stifters, der einen Teil seines Vermögens in eine Stiftung einbringt und damit dauerhaft einem gemeinwohlorientierten Zweck widmet. Die 1996 als Stadt Stiftung Gütersloh errichtete Bürgerstiftung Gütersloh ist die älteste Bürgerstiftung in Deutschland. Reinhard Mohn, damals Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG, stattete die Stiftung mit einem Ursprungskapital von 1 Mio. DM aus – eine zweite stiftete der Konzern⁷¹ - und schrieb ihr in die Satzung, sie sei „eine Gemeinschaftsstiftung Gütersloher Bürger für die Bürger“⁷² und solle mit ihren vielfältigen Zwecken „zum Gemeinwohl der [in der Region Gütersloh] lebenden Menschen“⁷³ beitragen.

Mohns Motive waren nicht rein altruistisch. Die Stadt Stiftung Gütersloh war auch ein Versuch, kommunalpolitischen Entscheidungen etwas entgegenzusetzen, was bald zum Konflikt mit der Kommunalpolitik führte.⁷⁴ Auch wenn bei der Urmutter aller Bürgerstiftungen das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interesse des Stifters überwog, war mit ihr das US-amerikanische Modell der Community Foundation, an dem sich Mohn orientiert hatte,⁷⁵ in Deutschland angekommen. Die von Christian Pfeiffer 1997 initiierte Bürgerstiftung Hannover gilt als erste echte, weil von 31 Bürgern finanzierte Bürgerstiftung,⁷⁶ obwohl auch sie in ihren Anfängen eher den Charakter eines „individuellen unternehmerischen Start-ups“^{77, 78} hatte.

⁷¹ Vgl. Brömmling (2009), S. 50.

⁷² Präambel, Satzung der Stadt Stiftung Gütersloh, Stand: September 2006 <<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/11242.htm>> [2012-12-19].

⁷³ § 2 Ziff. 2 Satzung der Stadt Stiftung Gütersloh, a.a.O.

⁷⁴ Vgl. Schuler (2010), S. 252.

⁷⁵ Vgl. Brömmling (2009), S. 49 f.

⁷⁶ Vgl. Pfeiffer (1999), S. 121.

⁷⁷ Nährlich/Strachwitz (2005), S. 11.

⁷⁸ Zur Einschätzung der Stadt Stiftung Gütersloh als top-down errichteter Stiftung s. Schuler (2010), S. 250 f., 260.

Der lokale oder regionale Bezug der Aktivitäten, die Vielfalt der Satzungszwecke und die Stiftergemeinschaft sind typisch für Bürgerstiftungen, auch wenn diese Bezeichnung nicht immer für die Rechtsform einer privatrechtlichen Stiftung steht. Unabhängig von den konkreten Satzungszwecken sind Gemeinwohlorientierung und Engagementförderung Merkmale, die eine Bürgerstiftung ausmachen.⁷⁹

Der Gedanke des kommunalen bürgerschaftlichen Engagements in Stiftungsform machte auch in Deutschland schnell Schule. Nach Zuwachsraten von durchschnittlich 50 % p. a.⁸⁰ gibt es heute 326 Bürgerstiftungen.⁸¹ Weitere 363 Bürgerstiftungen werden als solche bezeichnet, entsprechen aber nicht den „10 Merkmalen einer Bürgerstiftung“, die der Bundesverband Deutscher Stiftungen entwickelt hat und die als Definitionsmerkmale allgemein anerkannt sind.⁸² Insgesamt verfügen die 326 Bürgerstiftungen, die diesen Kriterien gerecht werden, über ein Stiftungsvermögen von über 208 Mio. Euro.⁸³ 13 % der Bürgerstiftungen sind „Millionäre“, die meisten bleiben deutlich unter dieser Marke.⁸⁴ Das durchschnittliche Vermögen wird mit ca. 640.000 Euro beziffert.⁸⁵ Die wichtigsten Förderbereiche sind Bildung und Erziehung – hier ist fast jede zweite Bürgerstiftung aktiv –, Kunst und Kultur sowie Soziales.⁸⁶

Die nach der Jahrtausendwende zu beobachtende Gründungswelle an Bürgerstiftungen, die 2006 mit 56 Neugründungen ihren Höhepunkt erreichte,⁸⁷ fiel in eine Zeit, in der die Anzahl aller Stiftungserrichtungen jährliche Steigerungsraten von bis zu 26 % aufwies.⁸⁸ Das im Jahr 2000 verabschiedete Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen und das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von 2007 machten das Stiften auch in steuerlicher Hinsicht attraktiv und privilegierten Stiftungen gegenüber Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen. Die Finanzkrise von 2008 bremste das Wachstum. 2011 wurden nur neun Bürgerstiftungen errichtet,⁸⁹ was allerdings auch auf eine „Sättigung des regionalen Raumes“⁹⁰ hindeutet.

Dass sich die politische Unterstützung für das Stiftungswesen in Rechtsnormen niederschlug, die das Bundesfinanzministerium federführend verantwortete, ist ein Indiz dafür, dass Politik und Verwaltung Stiftungen nicht allein um ihrer guten Taten für die Allgemeinheit wil-

⁷⁹ Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 10.

⁸⁰ Vgl. o. V. (2013), S. 69.

⁸¹ Vgl. Hellmann (2013), S. 52; Stand 31.06.2012.

⁸² Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 10; Nährlich/Hellmann/Grabsch (2013), S. 82. Für die „10 Merkmale“ s. Arbeitskreis Bürgerstiftungen (2010).

⁸³ Vgl. Hellmann (2013), S. 52; Stand 31.06.2012.

⁸⁴ Vgl. Warnow (2013), S. 56.

⁸⁵ Vgl. o. V. (2013), S. 67.

⁸⁶ Vgl. Warnow (2013), S. 55.

⁸⁷ Vgl. o. V. (2013), S. 69.

⁸⁸ Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (2011), S. 76 f.

⁸⁹ Vgl. o. V. (2013), S. 69.

⁹⁰ Nährlich/Hellmann/Grabsch (2013), S. 82 f.

len schätzen. Es geht auch darum, privates Kapital für Aufgaben zu mobilisieren, die der Staat nicht mehr vollständig finanzieren kann oder will. So heißt es in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts: „In Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen. Es ist daher notwendig, Anreize für die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu stärken.“⁹¹ Solche Erwartungen richten sich auch an Bürgerstiftungen.⁹²

In der Nationalen Engagementstrategie, die die Bundesregierung 2010 vorgelegt hat, wurden Bürgerstiftungen ausdrücklich aufgefordert, sich an strategischen, Engagement fördernden Partnerschaften mit dem Staat zu beteiligen, wobei ihnen implizit eine Finanzierungsfunktion bei der Infrastrukturförderung zugedacht wurde.⁹³ Mit dem Ziel, die Gründung von Bürgerstiftungen voranzutreiben, stellte die Bundesregierung eine Förderung der Initiative Bürgerstiftungen beim Bundesverband Deutscher Stiftungen in Aussicht.⁹⁴

Dagegen betonte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland in ihrem 2002 vorgelegten Abschlussbericht die integrative Funktion von Bürgerstiftungen⁹⁵ als einer „besondere[n] Organisationsform bürgerschaftlichen Engagements“⁹⁶ und empfahl eine Schärfung des Begriffs der Bürgerstiftung im Sinne einer staatsfernen, unabhängigen Erscheinung.⁹⁷ Der Verdacht, Bürgerstiftungen könnten vom politisch-administrativen System vereinnahmt werden, hat sich z. T. bewahrheitet.

Bürgerstiftungen sind eine Form der Mobilisierung privater Ressourcen, die nicht nur für engagementbereite Bürgerinnen und Bürger selbst, sondern auch für den Staat und die Kommunalpolitik interessant ist. Eine Bürgerstiftung vermag Gemeinschaft zu stiften, Freiwilligenarbeit zu bündeln und Kapital zu binden. Die Zustiftung zum Kapitalstock einer Bürgerstiftung oder die Errichtung einer Treuhandstiftung, die von der Bürgerstiftung verwaltet wird, ist für potenzielle Stifter eine Alternative zur Errichtung einer eigenständigen Stiftung, bei der unter anderem die aufsichtsbehördliche Hürde einer Mindestkapitalausstattung zu nehmen ist. Die für Bürgerstiftungen typische örtliche Begrenzung ihres Stiftungszwecks macht sie zu potenziellen Partnern in der kommunalen Aufgabenwahrnehmung. Als Organisationsform sind sie so attraktiv, dass sie mancherorts sogar zu Instrumenten der Kommunalpolitik wer-

⁹¹ Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz – GemEntBG v. 06.11.2012, BT-Drs 17/11316 (Gesetzesentwurf), S. 11.

⁹² Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 10.

⁹³ Vgl. BMFSFJ (2010), S. 61; Sandberg (2011), S. 84.

⁹⁴ Vgl. BMFSFJ (2010), S. 62.

⁹⁵ Vgl. Enquete-Kommission (2002), S. 117.

⁹⁶ Enquete-Kommission (2002), S. 119.

⁹⁷ Vgl. Enquete-Kommission (2002), S. 119.

den.⁹⁸ 169 sogenannte Bürgerstiftungen wurden unter (finanzieller) Mitwirkung der Kommune errichtet und sind mit der Kommune eng verflochten. 60 unechte Bürgerstiftungen wurden auf Initiative örtlicher Banken (Volksbanken, Sparkassen etc.) errichtet. In diesen Banken-Bürgerstiftungen sind über die Gremienbesetzung neben wirtschaftlichen Interessen (Vermögensverwaltung für die Bürgerstiftung) auch kommunalpolitische repräsentiert. Insofern existieren in Deutschland zum einen kommunale Bürgerstiftungen, deren Arbeit maßgeblich von der lokalen Politik und Verwaltung beeinflusst wird, Banken-Bürgerstiftungen, und unabhängige Bürgerstiftungen, die ein Ausdruck bürgerschaftlicher Eigeninitiative sind und sich bei der Kapitalbeschaffung und über die Gremienbesetzung von der Kommune distanzieren.⁹⁹

Das Besondere an Bürgerstiftungen ist, dass sie nicht nur aufgrund ihres räumlich begrenzten Aktionsradius und ihrer regelmäßig breit angelegten Förderzwecke in der örtlichen Gemeinschaft verankert sind, sondern auch aufgrund der Partizipationsmöglichkeiten, die ihre Strukturen bieten. Viele Bürgerstiftungen richten neben dem für rechtsfähige Stiftungen zwingend erforderlichen Vorstand und dem fakultativen Stiftungsrat als Aufsichtsorgan ein weiteres Gremium ein, in dem die Stifter vertreten sind: eine Stifterversammlung oder einen Stiferrat, der mehr oder weniger intensiv an den Entscheidungen über die Verwendung der Stiftungserträge mitwirkt. Darüber hinaus versuchen viele Bürgerstiftungen, als Knotenpunkte in einem Netzwerk von Akteuren zu fungieren, die öffentliche Interessen verfolgen. Sie zählen damit zu denjenigen Einrichtungen, die eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement entwickeln.

2. Forschungsfrage und Methodik der Studie

Schlägt sich die zunehmende gesellschaftspolitische Relevanz von Bürgerstiftungen in der medialen Berichterstattung wieder? Und wenn ja, wie?

„Stiftungen [werden] in besonderem Maße von den Massenkommunikationsmitteln entweder mit Argwohn betrachtet oder aber in einem gewissen Halbdunkel gelassen“.¹⁰⁰ Diese These ist fast 40 Jahre alt und längst überholt. Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben das Stiftungswesen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt¹⁰¹ – einige Zeitungen veröffentlichen regelmäßig Sonderbeilagen -, und die Berichterstattung über die Arbeit von Stiftungen ist überwiegend wohlwollend. Im Vordergrund stehen der Aspekt Gemeinnützigkeit und die Rolle von Stiftungen in der Bürgergesellschaft.¹⁰² Kritik wird, wenn überhaupt,

⁹⁸ Vgl. Barth (2012); Hellman (2013), S. 52 f.

⁹⁹ Vgl. Bock (2006), S. 40; Nährlich/Hellmann/Grabsch (2013), S. 84-86.

¹⁰⁰ Leisner (1977), S. 104.

¹⁰¹ Vgl. Kalupner (2000), S. 15.

¹⁰² Vgl. Kalupner (2000), S. 17-19.

meist im Zusammenhang mit einem behaupteten Mangel an Transparenz der Mittelverwendung laut. Mit Argwohn betrachtet werden allenfalls unternehmensnahe Stiftungen, da sie als steuerlich privilegierte Form von Corporate Citizenship Legitimationsprobleme aufwerfen.¹⁰³ Negative Schlagzeilen machen Stiftungen selten und wenn sie das tun, dann nicht unbedingt auf der Titelseite.¹⁰⁴

Die öffentliche Wahrnehmung des Stiftungswesens ist allerdings nicht mit der Wahrnehmung einzelner Stiftungen gleichzusetzen. Der überregionale Bekanntheitsgrad von Bürgerstiftungen geht gegen Null.¹⁰⁵ Wie intensiv Bürgerstiftungen vor Ort wahrgenommen werden und welchen Beitrag die Berichterstattung in den Medien zu dieser Wahrnehmung leistet, sind offene Fragen. Leichter als die Wirkung ist die mögliche Ursache zu erfassen. Daher sollte untersucht werden, in welcher Form Journalisten in Printmedien über die Organisationsform Bürgerstiftung und über einzelne Bürgerstiftungen berichten.

Für die Analyse wurden 595 Artikel in Printmedien unterschiedlicher Reichweite herangezogen, die über das Suchwort „Bürgerstiftung“ ausgewählt wurden. Dazu wurden im Untersuchungszeitraum ca. 3.150.000 Artikel aus über 1.700 Publikationen (Zeitungen, Zeitschriften, Online-Titel, Newsportale, Agenturmeldungen) durchsucht, die in der Datenbank des Presse-Monitor®-System der Presse-Monitor GmbH (PMG) vorgehalten wurden. Für die Stichprobe wurde ein Datensatz aus insgesamt 745 Artikeln um Dubletten und Online-Quellen bereinigt.

Anlass für die Erhebung waren die Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 16. bis 25.09.2011 mit dem Thementag Bürgerstiftungen am 23.09.2011 sowie der alljährliche Tag der Bürgerstiftungen am 1. Oktober. Damit war die Erwartung verbunden, dass in dieser Zeit eine besonders intensive Berichterstattung erfolgen würde. Um die Vor- und Nachberichterstattung zu diesen Ereignissen zu erfassen, wurde der Untersuchungszeitraum auf die Tage vom 16.09. bis einschließlich 06.10.2011 festgelegt.¹⁰⁶

3. Definition der Untersuchungsvariablen

Was macht Bürgerstiftungen besonders und was macht sie zum Gegenstand medialen Interesses? Zunächst ist in diesem Zusammenhang zu untersuchen, welche Aufhänger Journalisten auswählen, um über Bürgerstiftungen zu berichten. In welchen Zusammenhängen werden Bürgerstiftungen erwähnt bzw. mit bestimmten Eigenschaften beschrieben? Welches

¹⁰³ Vgl. Holland-Letz (2012).

¹⁰⁴ Eines der seltenen Beispiele ist die Berichterstattung über den Vorstand der Deutschen Stiftung Organtransplantation. Vgl. Haarhoff (2012a); dies. (2012b).

¹⁰⁵ Vgl. Müller (2005), S. 67.

¹⁰⁶ Für eine Beschreibung der Methodik der Inhaltsanalyse s. auch den Beitrag von *Boriés* in diesem Band.

sind die Anlässe für die Berichterstattung? Wird die Bürgerstiftung als solche dargestellt oder ihre Arbeit bzw. deren Wirkung im gesellschaftlichen Umfeld?

Die qualitative Dimension der Inhaltsanalyse knüpft außerdem am Diskurs über das Selbstverständnis von Bürgerstiftungen an: Wie sehen sich Bürgerstiftungen selbst und wie werden sie von den Medien gesehen? Dabei geht es zum einen um charakteristische Merkmale von Bürgerstiftungen und zum anderen um deren gesellschaftspolitische Funktion und Legitimation. Daraus lassen sich Thesen ableiten, die zum Gegenstand der Inhaltsanalyse werden.

Der erste Anknüpfungspunkt für die Formulierung von Thesen über Bürgerstiftungen sind die „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“, die vom Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen 2000 verabschiedet wurden. Sie werden als Gütesiegel verstanden, das der Bundesverband auf Antrag für eine Laufzeit von jeweils zwei Jahren verleiht. Inzwischen tragen 239 Stiftungen dieses Siegel.¹⁰⁷

Die (nicht überschneidungsfreien) „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“ sind:¹⁰⁸

1. Gemeinnützigkeit, gesellschaftliche Verankerung und Selbstbestimmung
2. Stifterpluralität (Gemeinschaftsstiftung)
3. Unabhängigkeit
4. Geographische Begrenzung
5. Kapitalaufbau und Fundraising
6. Zweckvielfalt und Innovation
7. Engagementförderung und Innovation
8. Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation
9. Koordination gemeinnütziger Netzwerke
10. Partizipation und Transparenz

Die Relevanz dieser „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“ und damit des Gütesiegels ist nicht unumstritten.¹⁰⁹ Sie bescheinigen die Übereinstimmung mit Formalia, beziehen sich aber nicht auf die inhaltliche Qualität und Effektivität der Stiftungsarbeit. Ferner ist fraglich, ob dieser normative Ansatz, der bestimmte Erscheinungsformen von bürgerschaftlichem Engagement von der Definition des Begriffes „Bürgerstiftung“ ausnimmt, tragfähig ist. Die Wirklichkeit ist vielfältiger. Nur jede zweite Stiftungssatzung erfüllt den Kriterienkatalog.¹¹⁰ Es sind jedoch gerade diese Einwände, die die „10 Merkmale“ zu einer Basis für die Auseinandersetzung mit Bürgerstiftungen machen. Wird dieser Merkmalskatalog von den Medien aufgegriffen und kritisch reflektiert? Nimmt die Berichterstattung den normativen Maßstab auf oder

¹⁰⁷ Vgl. <<http://www.buergerstiftungen.org/>> [2012-12-28].

¹⁰⁸ Vgl. <<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/guetesiegel/die-10-merkmale.html>> [2012-12-28].

¹⁰⁹ Vgl. Barth (2012), S. 13.

¹¹⁰ Vgl. Müller (2005), S. 85.

stellt sie ihn in Frage? Was macht eine Bürgerstiftung in den Augen der Medien zu etwas Besonderem?

Der zweite Anknüpfungspunkt für die Thesenbildung sind Funktionen von Bürgerstiftungen und ihre Rolle in der Zivilgesellschaft. Diese Funktionen sind im Wesentlichen:

- „1. die Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten [sowohl über freiwilliges Engagement in Projekten als auch über eine Mitgliedschaft in Entscheidungsgremien],
2. eine Innovationsfunktion,
3. eine Kommunikationsfunktion, [die durch Öffentlichkeitsarbeit erfüllt wird und sich auf Anliegen der Stiftung und ihrer Zielgruppen bezieht,]
4. die Verknüpfung sozialer Systeme, [und zwar intrasektoral wie auch im Sinne einer intersektoralen Mittlerrolle zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft]
5. eine Komplementaritäts-/ Ergänzungsfunktion [zu staatlicher Aufgabenerfüllung] und,
6. mittels Sachkompetenz, die Organisation und Vertretung von Interessen [im politischen Kontext].“¹¹¹

Diese Aufgaben entsprechen z. T. den „10 Merkmalen“ von Bürgerstiftungen:

zu Funktion 1.: Merkmale 8 und 10, Beteiligung an Projekten und an der Gremienarbeit

zu 2.: Merkmale 6, innovative Tätigkeit, und 7, neue Engagementformen

zu 3.: im Ansatz Merkmal 8, Öffentlichkeitsarbeit

zu 4.: Merkmal 9, Koordination lokaler Netzwerke.

Der Abgleich zeigt aber auch, dass die „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“ abgesehen vom Postulat der Unabhängigkeit nicht thematisieren, wie sich Bürgerstiftungen im Verhältnis zum Staat bzw. zum politisch-administrativen System positionieren. Die Komplementaritätsfunktion sowie die Funktion der Interessenvertretung und Themenanwaltschaft (als Ausprägung von Kommunikation) fehlen. Die aus dem Merkmalskatalog des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen ableitbaren Aussagen über Bürgerstiftungen werden daher für die Analyse um diese Aspekte ergänzt.

Im Folgenden werden die 13 Thesen und zugehörigen Antithesen, die im Rahmen der Inhaltsanalyse untersucht werden sollen, beschrieben. Dabei ergeben sich These und Antithese meist aus der Gegenüberstellung von Anspruch und empirisch erfasster Wirklichkeit. Das Erkenntnisinteresse der Inhaltsanalyse liegt insofern u. a. in der Frage, ob diese Widersprüche in der medialen Berichterstattung thematisiert werden.

¹¹¹ Hinterhuber (2005), S. 183.

(1) **Geographische Begrenzung:** *Bürgerstiftungen sind lokal oder regional aktiv.*

Der Aktionsradius der Stiftung ist geographisch begrenzt. Er bezieht sich in der Regel auf einen Stadtteil, eine Gemeinde, eine Stadt, einen Landkreis oder eine Region. Manche Satzungen lassen ausnahmsweise einen größeren Wirkungskreis zu.¹¹²

(2) **Vermögensaufbau und Stifterpluralität:** *Bürgerstiftungen bauen langfristig Stiftungskapital auf, das von mehreren Stiftern gemeinsam aufgebracht wird.*

Das Ursprungskapital wird regelmäßig von einer Stiftergemeinschaft aufgebracht und durch Zustiftungen erhöht. Stifter können neben Privatpersonen auch Non-Profit-Organisationen und Unternehmen sein. Auch kommunale Kreditinstitute sind in die Gründung von Bürgerstiftungen involviert. Solche unternehmerischen Stiftungsaktivitäten sind als Ausdruck von Corporate Citizenship nicht zuletzt durch geschäftliche Interessen motiviert.

(3) **Zweckvielfalt:** *Bürgerstiftungen verfolgen vielfältige Förderzwecke und/ oder Projektaktivitäten.*

Bürgerstiftungen sind in der Regel in mehreren Feldern aktiv. Die häufigsten Zwecke bzw. Ausgabenschwerpunkte sind wie bereits erwähnt Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Soziales.¹¹³ Leitgedanke der Stiftungsarbeit sind „die nachhaltige Förderung des Gemeinwohls, der Lebensqualität vor Ort und die Hilfe zur Selbsthilfe“.¹¹⁴

(4) **Innovation:** *Bürgerstiftungen sind innovativ.*

Viele Bürgerstiftungen reklamieren für ihre Fördertätigkeit und Projektarbeit, soziale Innovationen zu fördern. Ihre Vorhaben haben nicht selten Modellcharakter.¹¹⁵ Dies spiegelt eine besondere Risikobereitschaft auch in Bezug auf Themen, die von anderen gesellschaftlichen Akteuren nicht wahrgenommen werden oder politisch nicht mehrheitsfähig sind.¹¹⁶ Gleichzeitig mangelt es Bürgerstiftungen aufgrund der Vielfalt ihrer Zwecke tendenziell an einem scharfen Profil.¹¹⁷ Mangelt es an Ressourcen, an geeigneten Projektanträgen und/ oder an Kreativität wird „es Gremienmitgliedern einfach gemacht ..., ihre Lieblingsprojekte oder -institutionen zu protegieren.“¹¹⁸

¹¹² Vgl. Müller (2005), S. 69.

¹¹³ Vgl. Warnow (2013), S. 55.

¹¹⁴ Müller (2005), S. 71.

¹¹⁵ Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 19.

¹¹⁶ Vgl. Hoelscher/Hinterhuber (2005), S.64.

¹¹⁷ Vgl. Barth (2012), S. 32.

¹¹⁸ Barth (2012), S. 31.

(5) **Eigeninitiative:** *Bürgerstiftungen basieren auf bürgerschaftlicher Eigeninitiative.*

Das Idealbild der Bürgerstiftung ist das der Gemeinschaftsstiftung, die aus der Bevölkerung heraus entsteht. Bürgerstiftungen, die von Kommunen oder Wirtschaftsvertretern initiiert und für politische Zwecke instrumentalisiert werden, gelten als „Mogelpackungen“.¹¹⁹

(6) **Unabhängigkeit:** *Bürgerstiftungen sind wirtschaftlich und politisch unabhängig, d.h. sie werden nicht von einer Einzelperson oder einer Organisation dominiert.*

„Die Unabhängigkeit der Bürgerstiftungen von Staat und Kommunen und ihr auf Selbstorganisation und Eigeninitiative basierendes Selbstverständnis“¹²⁰ ist dann gesichert, wenn kein Akteur bzw. Stifter die Stiftungsarbeit in seinem Sinne beeinflussen kann. In den Satzungen von Bürgerstiftungen tauchen in diesem Zusammenhang Merkmale wie „parteilos unabhängig“ und „konfessionell nicht gebunden“ auf.¹²¹ Diese Unabhängigkeit wird unterlaufen, wenn sich die Gremien mehrheitlich aus geborenen Mitgliedern zusammensetzen. Das Stiftungshandeln wird in diesem Fall maßgeblich von Akteuren bestimmt, die nicht gewählt, sondern aufgrund ihres Amtes (z. B. Bürgermeister/-in) in den Vorstand oder den Stiftungsrat berufen wurden. Unabhängigkeit ist auch dann nicht gegeben, wenn Gremienmitglieder von Dritten (z. B. Gemeinderat, Unternehmen) bestimmt werden.¹²²

(7) **Ergänzungsfunktion:** *Bürgerstiftungen ergänzen das kommunale Aufgabenspektrum.*

Bürgerstiftungen verstehen ihre Arbeit ausdrücklich nicht als Ersatz für öffentliche Angebote, sondern schreiben ihr eine ergänzende Funktion in Bereichen zu, in denen die Kommune nicht agieren kann oder will.¹²³ Manche Stifter legen in der Satzung fest, dass die Bürgerstiftung Pflichtaufgaben der Kommune nicht oder nur ausnahmsweise übernehmen darf.¹²⁴ Gemeint sind die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist, bei denen sie aber Spielraum hinsichtlich der Art der Aufgabenwahrnehmung hat. Ferner schließt dies nicht aus, dass Bürgerstiftungen in Bereichen tätig werden, die zum Spektrum der freiwilligen kommunalen Aufgaben gehören (z. B. Soziales, Kultur). Die Gegenthese zur komplementären Funktion von Bürgerstiftungen lautet: Bürgerstiftungen entlasten die Kommunen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und übernehmen die Finanzierung von Dienstleistungen, die zuvor aus öffentlichen Haushalten bestritten wurden.

¹¹⁹ Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (2007), S. 100.

¹²⁰ Nährlich/Strachwitz (2005), S. 21; vgl. auch Hellmann (2005), S. 227.

¹²¹ Vgl. Müller (2005), S. 81.

¹²² Vgl. Müller (2005), S. 81.

¹²³ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 190.

¹²⁴ Vgl. Müller (2005), S. 73.

(8) **Partizipation:** *Bürgerstiftungen bieten Partizipationsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte.*

Anders als die Stiftung klassischen Typs, deren Zweck den Willen ihres Stifters perpetuiert, sind Bürgerstiftungen Ausdruck gemeinsamer Interessen. Viele bilden in ihrer Organisationsstruktur mit Stifternsammungen oder Stifterräten partizipative Elemente ab, die die Stiftungsarbeit öffentlichkeitswirksam legitimieren sollen. Stifter und Zustifter erhalten über die Mitgliedschaft in diesen Gremien Mitspracherechte bei der Förderpolitik und Mittelverwendung.¹²⁵ Allerdings gibt es regelmäßig Eintrittsbarrieren, die die Mitgliedschaft in solchen Gremien z. B. an der Höhe der Zustiftung festmachen.¹²⁶ Außerdem sind die Entscheidungskompetenzen dieser Gremien begrenzt.

(9) **Gesellschaftliche Verankerung:** *Bürgerstiftungen sind in der Breite der Gesellschaft verankert.*

Aus dem Selbstverständnis als Stiftung „von Bürgern für Bürger“ leitet sich ein egalitärer Anspruch ab, der sowohl die Stifter als auch die Adressaten der Stiftung integrieren will. Dieser Anspruch wird jedoch nicht unbedingt eingelöst.¹²⁷ Eine Mitwirkung breiter Bevölkerungskreise wird vor allem in der Gremienarbeit gar nicht angestrebt.¹²⁸ Die meisten Bürgerstiftungen sind aufgrund des gesellschaftlichen Status der (An-)Stifter und/ oder durch ihre gut situierten Gremienmitglieder eng mit lokalen Eliten verknüpft. Randgruppen wie z. B. Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert.¹²⁹ Die Gegenthese lautet also, dass Bürgerstiftungen lokale Eliten repräsentieren.

(10) **Engagementförderung:** *Bürgerstiftungen mobilisieren bürgerschaftliches Engagement.*

Welche Bedeutung haben Bürgerstiftungen innerhalb der Zivilgesellschaft? Tragen sie dazu bei, bürgerschaftliches Engagement zu stärken? Bürgerstiftungen wollen das Gemeinwesen fördern. Sie sind „Kapitalbeschaffer, Dienstleister für Stifter und Spender, finanzielle Förderer gemeinnützigen Engagements sowie Sprachrohr und Katalysatoren der lokalen Bürgergesellschaft“.¹³⁰

¹²⁵ Vgl. Nährlich/Strachwitz (2005), S. 19; Nährlich/Hellmann (2008), S. 232.

¹²⁶ Zu diesen Mechanismen s. Barth (2012), S. 22.

¹²⁷ Vgl. Hoelscher/Hinterhuber (2005), S. 56.

¹²⁸ Vgl. Fischbach (2005), S. 155.

¹²⁹ Vgl. Barth (2012), S. 18, 24; Sandberg (2013).

¹³⁰ Nährlich/Strachwitz (2005), S. 10.

(11) **Dienstleistung und Vernetzung:** *Bürgerstiftungen sind Dienstleister für Stifter und andere Menschen, die Geld und/ oder Zeit spenden wollen.*¹³¹

Indem sie Menschen, die sich engagieren wollen, beraten, und als Freiwilligenagenturen agieren, bieten Bürgerstiftungen eine Infrastruktur zur Vernetzung gemeinwohlorientierter Anliegen. Viele Bürgerstiftungen sind über ihre Projektförderung in der (organisierten) Zivilgesellschaft verankert. Zudem kanalisieren Sie monetäres Engagement in Form von Zustiftungen und Spenden und dienen als Dach für Treuhandstiftungen.¹³²

(12) **Kommunikation:** *Bürgerstiftungen artikulieren die Anliegen von gesellschaftlichen Minderheiten.*

Bürgerstiftungen spiegeln in ihrer Arbeit das Gemeinwesen, in dem sie tätig sind. Sie können dadurch marginalisierten Bevölkerungsgruppen die Gelegenheit bieten, ihre Anliegen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.¹³³ Insofern können Bürgerstiftungen kompetente Themenanwälte im politischen Raum sein (Advocacy). Die Gegenthese bezieht sich darauf, ob Bürgerstiftungen dieses Potenzial tatsächlich ausschöpfen.¹³⁴

(13) **Transparenz:** *Bürgerstiftungen sind transparent.*

Rechtsfähige Stiftungen unterliegen der Stiftungsaufsicht. Sowohl die Jahresrechnung (Jahresabschluss) als auch der Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks müssen der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Die meisten Stiftungen brauchen sie nicht zu veröffentlichen, wenn Stiftungen sind nur in Ausnahmefällen publizitätspflichtig. Von Bürgerstiftungen wird erwartet, dass sie über ihre Aktivitäten freiwillig Rechenschaft gegenüber ihren Stakeholdern ablegen, um sich als vertrauens- und damit förderungswürdige Einrichtung zu etablieren und ihr Handeln zu legitimieren.¹³⁵

4. Inhalte der Berichterstattung

4.1 Berichtsanslässe

Nicht einmal jeder zehnte der 595 untersuchten Beiträge befasst sich ganz oder teilweise mit dem Phänomen Bürgerstiftung im Allgemeinen (6,2 %). Bis auf einen stellen alle Beiträge eine konkrete Bürgerstiftung in den Mittelpunkt oder erwähnen sie. In manchen Berichten, wie z. B. in Nachrufen, die Ehrenämter des Verstorbenen erwähnen, ist die Bürgerstiftung bloß ein Stichwort. In 480 Artikeln ist dagegen ein konkreter Anlass für die Berichterstattung auszumachen.

¹³¹ Vgl. Müller (2005), S. 69; Nährlich/Hellmann (2008), S. 233.

¹³² Vgl. Hinterhuber (2005), S. 189; Müller (2005), S. 70; Nährlich/Hellmann (2008), S. 233.

¹³³ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 186.

¹³⁴ Vgl. Hinterhuber (2005), S. 191.

¹³⁵ Vgl. Müller (2005), S. 70.

In jedem zweiten dieser 480 Artikel geht es um ein Projekt oder um mehrere Projekte einer Bürgerstiftung (50,2 %). Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Bürgerstiftung, sondern das gemeinwohlorientierte Projekt oder eine damit verbundene Geschichte, die aus der Perspektive der Geförderten erzählt wird. Die Headline greift in solchen Fällen das Vorhaben auf, ohne die Bürgerstiftung zu erwähnen. Mit „Geschafft: Ortsteile bekommen schnelles Internet“¹³⁶ ist beispielsweise ein Beitrag überschrieben, der über eine private, von der örtlichen Bürgerstiftung finanziell geförderte DSL-Initiative berichtet – ein für eine Bürgerstiftung eher untypisches Projekt. Im Allgemeinen lesen sich die Überschriften eher so: „Hilfe für die Generation 50 plus“¹³⁷ „Mentoren helfen beim Lesenlernen“,¹³⁸ „Besseres Klima für Musikinstrumente“¹³⁹ und „Zwischen den Felsen wird gerockt“.¹⁴⁰ Der Nachrichtenwert von Stiftungsaktivitäten spiegelt sich auch in der Tatsache wieder, dass jeder Zehnte Artikel (12,1 %) die Destinatäre der Stiftung erwähnt.

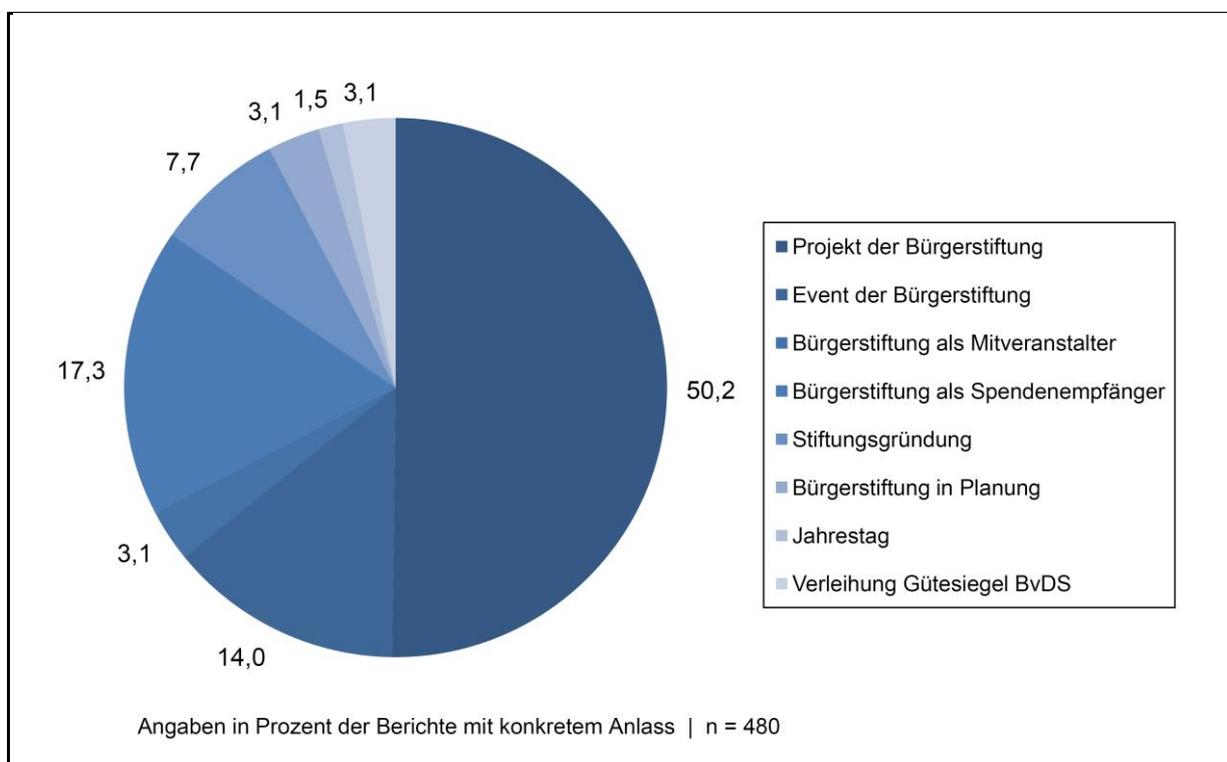


Abb. 7: Anlässe für die Berichterstattung

¹³⁶ Haas, Marcus, Geschafft: Ortsteile bekommen schnelles Internet, in: Schwäbische Zeitung Saulgau vom 01.10.2011, S. 1.

¹³⁷ Hintzmann, Stefanie, Hilfe für die Generation 50 plus, GND eröffnet morgen Lokalbüro und berät Menschen in wichtigen Lebensfragen, in: General-Anzeiger vom 23.09.2011, S. 16.

¹³⁸ Knoche, Kai, Mentoren helfen beim Lesenlernen, in: HAZ - Nordhannoversche Zeitung vom 23.09.2011, S. 21.

¹³⁹ o. V., Besseres Klima für Musikinstrumente, Neues Luftbefeuchtungssystem im musiculum, in: Kieler Nachrichten vom 24.09.2011, S. 5.

¹⁴⁰ o. V., Zwischen den Felsen wird gerockt, in: Bergsträßer Anzeiger vom 23.09.2011, S. 18.

Dass nicht die Bürgerstiftung selbst, sondern ihre Arbeit Nachrichtenwert hat, gilt auch für vergleichsweise ausführliche Berichte über Veranstaltungen, die eine Bürgerstiftung allein (14 %) oder zusammen mit Partnern (3,1 %) ausgerichtet hat, oder für kurze Ankündigungen von Events, die eine Bürgerstiftung ausrichten wird.¹⁴¹ Auch hier geht es allenfalls in zweiter Linie um die Struktur und die Funktion von Bürgerstiftungen. Insgesamt beziehen sich also mehr als zwei Drittel der Berichte mit klar erkennbarem Aufhänger auf die Aktivitäten von Bürgerstiftungen. Der Umfang der Berichterstattung (Anzahl der Wörter) entspricht dabei im Wesentlichen der Verteilung im Datensatz.¹⁴² Allerdings schafften es nur sieben solcher Berichte auf die Titelseite, darunter auch der oben zitierte.¹⁴³

Der Tenor der Berichte über Stiftungsaktivitäten ist durchweg positiv. Es fand sich nur ein Beispiel für ein Projekt, mit dem eine Bürgerstiftung nach einem Streit mit der Kommune gescheitert ist: ein Grassofa der Bürgerstiftung Lebensraum Aachen. Die natürliche Sitzgelegenheit sei schnell unansehnlich geworden und habe den öffentlichen Raum verschandelt.¹⁴⁴ „Verschärft wurde die Situation dadurch, dass sich ... eine Rattenpopulation im puscheligen Sofa der Stiftung angesiedelt habe“.¹⁴⁵ „Das Ordnungsamt trat auf den Plan und verfügte amtlicherseits, dass Gefahr im Verzug sei.“¹⁴⁶ Die Bürgerstiftung konnte sich mit ihren Sanierungsplänen nicht durchsetzen. Das Grassofa wurde entsorgt und lieferte einem Journalisten Stoff für 510 Wörter.¹⁴⁷

Bürgerstiftungen werden auch im Zusammenhang mit Benefizveranstaltungen erwähnt oder in anderer Weise als Spendenempfänger genannt (17,3 %). Dies beschränkt sich fast immer auf einen einzigen Satz und liefert keine Informationen zur Tätigkeit der Stiftung bzw. zu möglichen Formen der Mittelverwendung. Der Anlass, bei dem die Gelder eingeworben wurden, steht im Vordergrund.

Jeder zehnte Artikel bezieht sich auf eine Stiftungsgründung (7,7 %/ 37 Fälle) oder auf Pläne zur Errichtung einer Bürgerstiftung (3,1 %/ 15 Fälle). Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2011 nur neun Bürgerstiftungen gegründet wurden.¹⁴⁸ In einigen wenigen Fällen ist der Jahrestag der Gründung Anlass für die Berichterstattung (1,5 %). Artikel, in denen es um die Errichtung einer Stiftung geht, werden vergleichsweise häufig auf der Titelseite platziert (3 Fälle) und sind länger als üblich. Während nicht einmal 10 % aller für die Studie untersuch-

¹⁴¹ Diese sind in den beiden vorstehenden Werten enthalten.

¹⁴² S. dazu Abschnitt 3.2 (4) des Beitrages von *Boriés* in diesem Band.

¹⁴³ Insgesamt erschienen 17 von 595 Artikeln auf Seite 1.

¹⁴⁴ Vgl. Hautermanns, Heiner, Grassofa war „nicht innenstadt-tauglich“, Das acht Tonnen schwere und 2008 installierte Gesamtkunstwerk auf der Oppenhoffallee hat dem Zahn der Zeit nicht standgehalten, in: Aachener Nachrichten vom 30.09.2011, S. 15.

¹⁴⁵ Hautermanns, Heiner, Grassofa war „nicht innenstadt-tauglich“, Das acht Tonnen schwere und 2008 installierte Gesamtkunstwerk auf der Oppenhoffallee hat dem Zahn der Zeit nicht standgehalten, in: Aachener Nachrichten vom 30.09.2011, S. 15.

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Vgl. ebd.

¹⁴⁸ Vgl. o. V. (2013), S. 69.

ten Artikel eine Wortanzahl von 501 bis 1.000 erreicht, sind es bei den Gründungstories 18,9 %. Ähnliches gilt für die zwangsläufig seltenen Berichte über geplante Stiftungsgründungen. Auch in inhaltlicher Hinsicht motiviert die Entstehung einer Bürgerstiftung offensichtlich zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit diesem für die betreffende Kommune neuartigen Modell. Solche Beiträge sind häufig mit Visionen von Stiftungsarbeit und deren Wirkung betitelt: „Bürgerstiftung möchte Projekte fördern“,¹⁴⁹ „Zusammen viel mehr bewegen“,¹⁵⁰ „Engagement, das sich auszahlt“,¹⁵¹ „Mehr Lebensqualität für alle“.¹⁵²

23 Artikel (3,9 %) weisen einen Bezug zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements mit dem Thementag Bürgerstiftungen (16. bis 25.09.2011/ 23.09.2011) bzw. einen Bezug zum Tag der Bürgerstiftungen am 1. Oktober 2011 auf. Die Vermutung, dass viele Artikel als Vorankündigung, als laufende Berichterstattung oder als Nachbericht einzuordnen sein würden, hat sich nicht bestätigt. Ein Artikel berichtete über das 37. Treffen des Arbeitskreises Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen.¹⁵³ Dass am Tag der Bürgerstiftungen das Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen an 225 Bürgerstiftungen verliehen wurde, wurde in 15 Artikeln aufgegriffen, die die betreffende Stiftung als Preisträger würdigten (3,1 %). Nur in einem Fall war dies dem Verfasser mehr als 300 Wörter wert.

4.2 Aussagen über Bürgerstiftungen

In jedem vierten der 595 analysierten Beiträge (28,7 %/ 171 Fälle) ist mindestens eine Aussage über Bürgerstiftungen zu finden, die sich auf deren typische Merkmale oder gesellschaftspolitische Funktionen bezieht. Am häufigsten werden in den betreffenden Beiträgen die vielfältigen Förderzwecke der betreffenden Stiftung (35,1 % von 171 Fällen), ihre Finanzierung über eine Gemeinschaft von Stiftern (37,4 %) und die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements (32,2 %) angesprochen.

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft, das im wissenschaftlichen Diskurs gegenwärtig intensiv erörtert wird und sich exemplarisch an Bürgerstiftungen untersuchen lässt, findet in den Medien geringeres Interesse (18,1 % von 171 Fällen). Wie noch zu zeigen sein wird, ist die Frage, ob Bürgerstiftungen kommunales Handeln ergänzen oder ersetzen (sollen), jedoch diejenige, die durch die Beiträge am kontroversesten beantwortet wird. Bei der Frage nach der Unabhängigkeit und der Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung von Bürgerstiftungen gehen die Aussagen ähnlich auseinander.

¹⁴⁹ o. V., Bürgerstiftung möchte Projekte fördern, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 27.09.2011, S. 31.

¹⁵⁰ Packheiser, Christian, Zusammen viel mehr bewegen, Urkunde für eine eigene Bürgerstiftung im Apfeldorfer Pfarrhof unterzeichnet, in: Augsburgener Allgemeine vom 30.09.2011, S. 27.

¹⁵¹ Füssel, Thomas, Engagement, das sich auszahlt, in: Reutlinger General-Anzeiger vom 23.09.2011, S. 21.

¹⁵² o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

¹⁵³ Vgl. Fiedler, Angelika, Belohnung für erfolgreiche Projekte aus dem Ideen-Pool, Krefeld war Gastgeber des Arbeitskreises Bürgerstiftungen, in: Westdeutsche Zeitung vom 26.09.2011, S. 10.

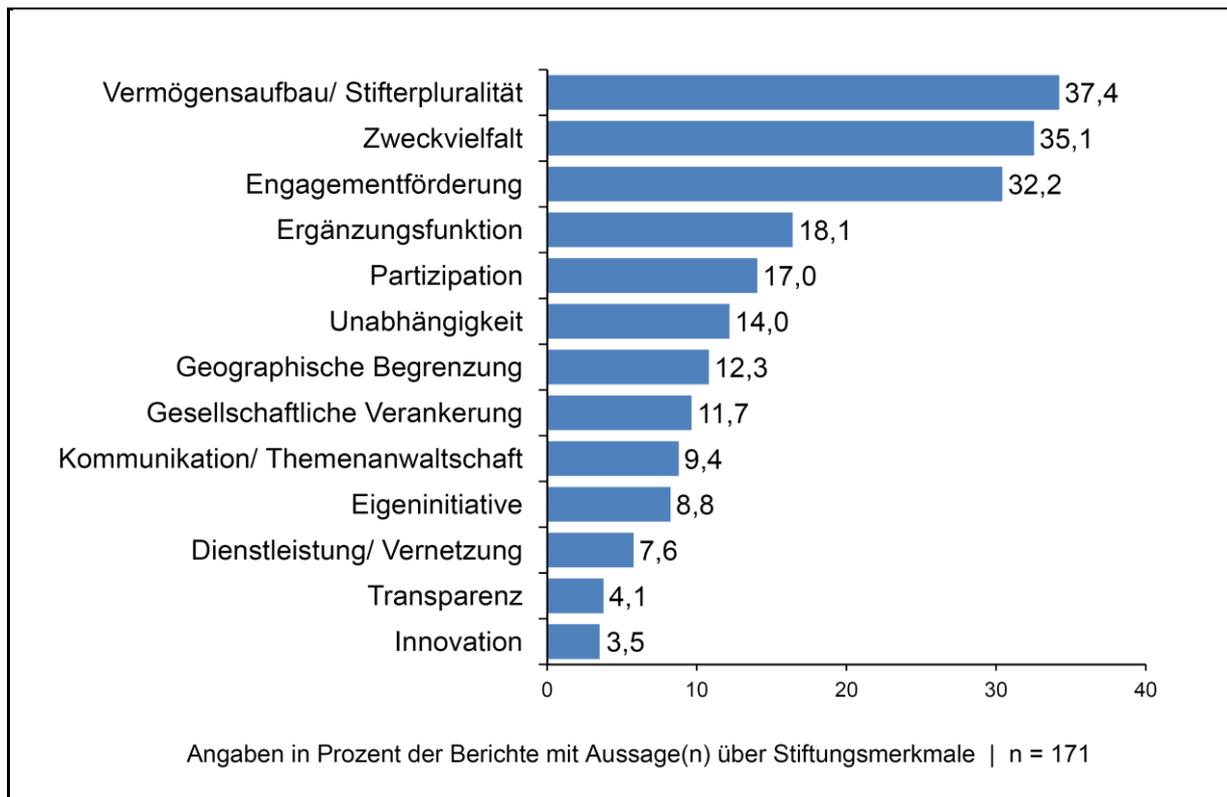


Abb. 8: Aussagen über Bürgerstiftungen

37 von 595 Beiträgen befassen sich mit der Gründung einer Bürgerstiftung (6,2 %). In der Hälfte dieser Beiträge (20 Fälle) taucht mindestens eine Aussage über besondere Merkmale dieser Stiftung auf. Am häufigsten werden das Stiftungskapital und die Stifterpluralität, die Vielfalt der Stiftungszwecke und der Aspekt Engagementförderung thematisiert. Ein etwaiger Einfluss der Kommune bzw. der Grad bürgerschaftlicher Eigeninitiative wird bei Gründungen deutlich häufiger aufgegriffen als im Allgemeinen.

(1) Geographische Reichweite

21 von 595 Beiträgen (3,5 %) erwähnen, dass Bürgerstiftungen lokal oder regional aktiv sind. Das Merkmal geographische Begrenzung wird allenfalls im Zusammenhang mit einer Stiftungsgründung, dann aber ausführlich beschrieben oder im Hinblick auf konkrete Aktivitäten der Stiftung erwähnt. „Vorschläge, die sich nicht auf Witten beziehen, müssen abgelehnt werden.“¹⁵⁴ Teilweise wird der Aspekt aufgegriffen, um die Kriterien für das Gütesiegel „Bürgerstiftung“ zu erläutern.

Der räumliche Bezug wird z. T. mit dem Gedanken der Gestaltung der örtlichen Gemeinschaft verbunden. „Bürgerinnen und Bürger schließen sich ... zur Gründung einer Bürger-

¹⁵⁴ Bombach, Franziska, Wenn der Staat nicht helfen kann, Die Wittener Sparkassen- und Bürgerstiftung unterstützt mehrere soziale und kulturelle gemeinnützige Einrichtungen, in: Westdeutsche Allgemeine WAZ vom 21.09.2011, S. 19.

stiftung zusammen, um das Leben in unserer Kommune aktiv zu gestalten.’¹⁵⁵ Die Bürgerstiftung soll „dazu beitragen, ‘dass in unserer Heimatstadt auch künftig ein Umfeld erhalten bleibt, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wiederfinden können’.¹⁵⁶

(2) Stiftungskapital und Stifter

Jeder zehnte Beitrag (9,7 %) weist darauf hin, dass Bürgerstiftungen Gemeinschaftsstiftungen sind, deren Stiftungskapital durch Zustiftungen anwachsen soll. Dieser Aspekt wird meist im Zusammenhang mit einer Stiftungsgründung beschrieben. „Heute in drei Wochen wird die .. Bürgerstiftung ... gegründet. 80 Stifter hat sie schon.“¹⁵⁷ „Die ersten 100000 Euro sind bereits durch die acht Gründungstifter zusammengetragen worden. ... Die zweite Hälfte der angestrebten Summe muss nun von den Bürgern und Unternehmen der Stadt .. selbst erbracht werden.“¹⁵⁸

In Einzelfällen (1 %) erscheint die Bürgerstiftung dagegen als Einrichtung, deren (Start-) Kapital maßgeblich von der Kommune¹⁵⁹ oder von einem Unternehmen aufgebracht wird. Eine Erläuterung, dass dies dem Idealbild einer Bürgerstiftung nicht entspricht, fehlt ebenso wie ein Hinweis auf weitere Stifter bzw. die Möglichkeit, Zustiftungen zu leisten.

(3) Stiftungszwecke

Zweckvielfalt taucht in jedem zehnten Beitrag auf (10,1 %). „Die Palette der Förderzwecke ist .. vielfältig.“¹⁶⁰ Obwohl 40,5 % aller Beiträge darüber berichten, wie Bürgerstiftungen ihre satzungsmäßigen Zwecke verfolgen (241 Fälle), wird nur in 10 Artikeln ausdrücklich auf die für Bürgerstiftungen typische Vielfalt der Stiftungsaktivitäten hingewiesen. Wenn überhaupt, wird dieser Aspekt meistens in einem Gründungszusammenhang erwähnt. „Mit den jährlich zur Verfügung stehenden Erträgen sollen unter anderem die Bereiche Bildung, Kultur, Soziales, aber auch der Umweltschutz oder der Tierschutz gefördert werden.“¹⁶¹

(4) Innovationsgrad

Der Aspekt Innovation wird so gut wie gar nicht thematisiert (1 %/ 6 Fälle) und bezieht sich fast immer auf den Charakter bestimmter realisierter Vorhaben oder erwünschter Projekt-

¹⁵⁵ o. V., „Menschen für Tettngang“ nimmt konkrete Formen an, in: Schwäbische Zeitung Tettngang vom 01.10.2011, S. 1.

¹⁵⁶ o. V., Bürgerstiftung möchte Projekte fördern, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 27.09.2011, S. 31.

¹⁵⁷ o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

¹⁵⁸ o. V., Investition in die Menschen, Bürgerstiftung soll in Tettngang gegründet werden, in: Südkurier vom 01.10.2011, S. 29.

¹⁵⁹ Vgl. z. B. Allner, Natasha G., Zunftbaum und Bürgerstiftung Ostrau stehen, in: Döbelner Allgemeine Zeitung vom 04.10.2011, S. 14.

¹⁶⁰ o. V., „Menschen für Tettngang“ nimmt konkrete Formen an, in: Schwäbische Zeitung Tettngang vom 01.10.2011, S. 1.

¹⁶¹ Packheiser, Christian, Zusammen viel mehr bewegen, Urkunde für eine eigene Bürgerstiftung im Apfeldorfer Pfarrhof unterzeichnet, in: Augsburg Allgemeine vom 30.09.2011, S. 27.

ideen – „Es sollte möglichst etwas Neues sein.“,¹⁶² „innovative Methoden“¹⁶³ - sowie auf die Zielsetzung des Arbeitsprogramms: „Die Stiftung soll auch Impulse geben, bei Projekten neue Wege zu beschreiten, wo es ohne die Stiftung nicht möglich wäre.“¹⁶⁴

(5) Initiatoren

Dass Bürgerstiftungen auf bürgerschaftlicher Eigeninitiative basieren, wird vor allem bei Stiftungsgründungen erwähnt. 2,4 % der Artikel (14 Fälle) machen deutlich, dass die Stiftungsarbeit auf der Initiative der Bürger beruht. Beispielsweise verweist ein „Selbst ist das Dorf“ betitelter Beitrag auf die 140jährige bürgerschaftliche Tradition der Gemeinde Eisbach. „Die Bürgerstiftung Marienkapelle (2010) gebe der Selbstorganisation des Dorfes heute den institutionellen Rahmen.“¹⁶⁵ Die Vorsitzende der Herforder Bürgerstiftung wird mit den Worten zitiert: „Eine Bürgerstiftung ist eine Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation von Bürgern für Bürger.“¹⁶⁶

In drei der Beiträge, die die Stiftung als Form bürgerschaftlichen Engagements behandeln, wird zugleich ein Bezug zum Merkmal Unabhängigkeit hergestellt. Die Bürgerstiftung wird als genuin zivilgesellschaftliche und eigenverantwortliche Veranstaltung präsentiert. „Wir wollen, dass Bürger für Bürger da sind und das bisherige Angebot um neue Aspekte ergänzen“.¹⁶⁷ „Das große Ziel dabei ist, Anliegen und Projekte, welche die Stadt nicht tragen kann, selbst auf die Beine zu stellen.“¹⁶⁸

Teilweise erscheint bürgerschaftliches Engagement eindeutig als Reaktion auf die Finanzsituation der Kommune. So heißt es in einer Headline: „Bei leeren Kassen ist Eigeninitiative gefragt“.¹⁶⁹

Nur ein einziger Beitrag (0,2 %) präsentiert eine andere Gründungsgeschichte. Über die Gründung der Bürgerstiftung Hallstadt wird berichtet, der Stadtrat habe die Gründung vorangetrieben und die Stiftungssatzung verabschiedet.¹⁷⁰ Angesichts der Tatsache, dass rund die Hälfte der Gründungen sogenannter Bürgerstiftungen maßgeblich von Kommunalpolitikern oder Wirtschaftsvertretern betrieben wurde,¹⁷¹ wären weitere Fälle zu erwarten gewesen.

¹⁶² Lohmann, Oliver, Wer will 1 000 Euro haben? Bürgerstiftung will Projekte fördern, die dem Gemeinwohl dienen, in: Wormser Zeitung vom 21.09.2011, o. S.

¹⁶³ Adam, Willi, Gutes Zeugnis für die „Wiesionen“, in: Badische Zeitung vom 01.10.2011, S. 31.

¹⁶⁴ o. V., Satzung für die neue Stiftung steht, in: Fränkischer Tag vom 04.10.2011, S. 12.

¹⁶⁵ o. V., Selbst ist das Dorf, in: Kölnische Rundschau vom 22.09.2011, S. 39, i. O. z. T. hervorgehoben.

¹⁶⁶ o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

¹⁶⁷ o. V., Investition in die Menschen, Bürgerstiftung soll in Tettwang gegründet werden, in: Südkurier vom 01.10.2011, S. 29.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ o. V., Bei leeren Kassen ist Eigeninitiative gefragt, UWE lud junge Wähler zum Gedankenaustausch ein, in: Leine-Deister-Zeitung vom 23.09.2011, S. 4.

¹⁷⁰ Vgl. o. V., Satzung für die neue Stiftung steht, in: Fränkischer Tag vom 04.10.2011, S. 12.

¹⁷¹ Vgl. Nährlich/Hellmann/Grabsch (2013), S. 82.

(6) Unabhängigkeit

Das Merkmal (Un-)Abhängigkeit wird in der Regel im Zusammenhang mit einer Stiftungsgründung oder mit der Verleihung des Gütesiegels angesprochen. Das Definitionsmerkmal Unabhängigkeit, das kommunale Bürgerstiftungen und Banken-Stiftungen ausschließt, wird in 17 Beiträgen (2,9 %) aufgegriffen.

Zum einen wird die Neutralität der Stiftung hervorgehoben. „Die Stiftung ist laut Satzung überparteilich und offen über konfessionelle Grenzen hinweg.“¹⁷² oder „politisch und konfessionell neutral.“¹⁷³ Ziel der Stiftung sei es, „eine neutrale Anlauf-, Informations- und Vermittlungsstelle“¹⁷⁴ anzubieten.

Zum anderen wird herausgestellt, dass die Stiftung weder von einer Einzelperson noch von einer Körperschaft dominiert wird. Aufgegriffen wird u. a., dass sich Bürgerstiftungen von der Kommunalverwaltung distanzieren. Die Bürgerstiftung sei „alles andere .., als ein verlängerter Arm der Stadtverwaltung.“,¹⁷⁵ wird eine Vorstandsvorsitzende zitiert. Teilweise wird die Unabhängigkeit weiter gefasst: Die Verantwortlichen „betonen unisono, dass ... [die Stiftung] eine von Stadt, Unternehmen und Institutionen unabhängige und neutrale Gemeinschaftseinrichtung von Bürgern für Bürger sein soll.“¹⁷⁶ Auf dieses Zitat folgt allerdings der relativierende Hinweis, dass die Stadt, die Sparkasse und die Volksbank sowie zwei örtliche Unternehmen zu den Gründungsstiftern gehören.¹⁷⁷

7 Beiträge (1,2 %) behandeln eine Form politischer Einflussnahme, die auf personellen Verflechtungen basiert. Über die Bürgerstiftung Schwabsoien-Sachsenried wird berichtet, dass der Gemeinderat beschlossen habe, den Stiftungsrat – in diesem Fall das Entscheidungsgremium der Stiftung - funktionsbezogen zu besetzen. Zu den geborenen Mitgliedern gehörten u. a. der Bürgermeister, der Jugendbeauftragte und der Seniorenbeauftragte der Kommune sowie Vertreter der örtlichen Sparkasse und der Pfarrgemeinde.¹⁷⁸ Gründungsstifter waren hier übrigens die Kommune und die Kreissparkasse.¹⁷⁹

Die Einflussnahme der Kommune wird auch in einem Artikel über die Förderaktivitäten der Bürgerstiftung Gerlingen thematisiert, deren Ursprungskapital die Stadt aufgebracht hatte.

¹⁷² Weiß, Richard, Zwei Banken mit im Boot, Sparkasse und Volksbank unterstützen die neue Bürgerstiftung, in: Die Rheinpfalz-Donnersberger Rundschau vom 24.09.2011, S. 18.

¹⁷³ Girg, Bastian, „Veränderungen erfordern neue Lösungen“, in: Neue Presse vom 23.09.2011, S. 9.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

¹⁷⁶ o. V., „Menschen für Tettngang“ nimmt konkrete Formen an, in: Schwäbische Zeitung Tettngang vom 01.10.2011, S. 1.

¹⁷⁷ Vgl. ebd.

¹⁷⁸ Vgl. Schröder, Jochen, Stiftungsräte nach Funktion bestimmt, Schwabsoien geht seinen Weg weiter zur Gründung eine Bürgerstiftung, in: Schongauer Nachrichten vom 04.10.2011, S. 5.

¹⁷⁹ Vgl. o. V., Bürgerstiftung für Schwabsoien, merkur-online.de vom 26.10.2011, <<http://www.merkur-online.de/lokales/altenstadt/buergerstiftung-schwabsoien-1463757.html>> [2012-12-28].

Der Sozialausschuss des Gemeinderates, der zugleich Stiftungsrat sei, habe die für das Folgejahr geplanten Förderausgaben beschlossen.¹⁸⁰ In der bereits erwähnten kommunalen Bürgerstiftung Hallstadt ist der Stadtkämmerer kraft seines Amtes Mitglied im Vorstand der Stiftung.¹⁸¹

Bemerkenswert ist ein Bericht über Pläne zur Errichtung einer „Bürgerstiftung Hochheim“, der mit dem Titel „Eine Stiftung, die keiner will“¹⁸² überschrieben ist. Der Alleingang eines Kommunalpolitikers irritierte Vertreter aller Parteien. Die Bezeichnung „Bürgerstiftung Hochheim“ „sei jedenfalls nicht in Absprache mit den politischen Gremien geschehen“.¹⁸³ Die Bürgermeisterin ließ verlauten: „Wir verwehren uns energisch dagegen, dass der Eindruck erweckt wird, die Stadt sei hier involviert“ ... „Dies geschehe vor allem durch die Bezeichnung ‘Bürgerstiftung’“.¹⁸⁴ Die zitierten Akteure verstehen eine Bürgerstiftung offensichtlich als städtische Einrichtung, die bestehendes bürgerschaftliches Engagement verdrängen könnte.¹⁸⁵

(7) Verhältnis von Bürgerstiftung und Staat

Die Frage, ob Bürgerstiftungen das kommunale Aufgabenspektrum ergänzen oder die Kommune bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben entlasten, wird in der Regel im Zusammenhang mit konkreten Projekten oder im Kontext der Stiftungserrichtung angesprochen. Die Ausführungen machen nicht immer deutlich, wo eine Ergänzung staatlicher Aktivitäten aufhört und deren Ersatz anfängt. Vor allem im Zusammenhang mit der Ko-Finanzierung von Projekten durch Bürgerstiftung und Kommune bleibt dies offen.

In 19 Fällen (3,2 %) wird der Bürgerstiftung eindeutig eine Ergänzungsfunktion zugeschrieben. Dies ergibt sich vor allem aus sinngemäßen Zitaten von Stiftern oder Vorstandsmitgliedern, die davor warnen, die Stiftung dürfe nicht zum „Lückenbüsser“ werden. „Die Bürgerstiftung ist kein Lückenfüller für kommunale Aufgaben.“¹⁸⁶

Mehrfach wird darauf hingewiesen, dass die Bürgerstiftung keine kommunalen Pflichtaufgaben ersetzen soll. „Die neue Stiftung soll da greifen, wo es die gesetzlichen Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand nicht tun.“¹⁸⁷ Die Bürgerstiftung „will Aufgaben und Projekte unterstüt-

¹⁸⁰ Vgl. Wagner, Klaus, Viele Einzelprojekte werden gefördert, Die Bürgerstiftung kann durch zwei Großspenden von mehr als 20 000 Euro alle Zuschussanfragen erfüllen, in: Leonberger Kreiszeitung vom 30.09.2011, S. 6.

¹⁸¹ Vgl. o. V., Satzung für die neue Stiftung steht, in: Fränkischer Tag vom 04.10.2011, S. 12.

¹⁸² Rost, Andrea, Eine Stiftung die keiner will, Politiker und Bürger rätseln über die Motive von FDP-Politiker Klaus-Peter König, in: Frankfurter Rundschau vom 01.10.2011, S. R12.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Vgl. ebd.

¹⁸⁶ o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

¹⁸⁷ o. V., Satzung für die neue Stiftung steht, in: Fränkischer Tag vom 04.10.2011, S. 12.

zen, die keine Pflichtaufgaben der Stadt sind.“¹⁸⁸ „Ausgeschlossen ist, dass die Stiftung Pflichtaufgaben der Gemeinde finanziert, versichern die bisher Beteiligten“,¹⁸⁹ zu denen in diesem Fall auch die Stadt als maßgebliche Kapitalgeberin zählt.¹⁹⁰ Worin die kommunalen Pflichtaufgaben bestehen und was das für das Aktivitätsspektrum der Stiftung bedeutet, bleibt jeweils offen. In den dokumentierten Fällen von Projektarbeit geht es jedoch nie um eine Übernahme kommunaler Pflichtaufgaben, sondern um solche, die teilweise zum Spektrum freiwilliger Aufgaben gehören.

In Schleiden wurde im Zuge der Diskussion um die Errichtung eines Windparks die Gründung einer Bürgerstiftung als Lösung für die Finanzierungsprobleme der Kommune ins Gespräch gebracht: „Einerseits besteht Einigkeit in dem Ziel, dass die Stadt die regenerative Energieerzeugung unterstützen soll. Andererseits ist die Stadt derart pleite, dass sie demnächst für sinnvolle Projekte keinen Cent ausgeben darf. ... In dieser misslichen Situation wäre es natürlich sehr günstig, wenn die Stadt die Projekte aus einem anderen Topf finanzieren könnte, der nicht der Haushaltssicherung unterliegt. Diesbezüglich, so sickerte durch, denken manche an eine Bürgerstiftung, die dem Zugriff staatlicher Finanzkontrolle entzogen wäre.“¹⁹¹ Dass eine Bürgerstiftung als Schattenhaushalt missbraucht werden soll, ist ungewöhnlich. Das Stiftungsmodell wird eher mit Sparmaßnahmen der Kommune in Verbindung gebracht.

Eine Verlagerung finanzieller Lasten auf die Bürgerstiftung wird von deren Vertretern regelmäßig als Bedrohung empfunden. „Das hier ist nicht die Sparbox der Kommunen nach dem Motto: Fünf Rentner für eine Vollzeitstelle. Das kommt nicht in die Tüte“.¹⁹² „Bei der Bürgerstiftung gehe es nicht darum, der öffentlichen Hand Geld zu sparen, sondern der Gesellschaft soziale Wärme zu vermitteln.“¹⁹³ Tatsächlich agieren viele Bürgerstiftungen den Presseberichten zufolge in einer Grauzone zwischen Eigenverantwortung und Auffanglösung.

12 Beiträge (2 %) machen durch einen Verweis auf beschränkte Finanzierungsmöglichkeiten der Kommune indirekt deutlich, dass die betreffende Bürgerstiftung öffentliche Aktivitäten ersetzt. „Bei der Stadt war dafür kein Geld da, deshalb mussten wir was tun“.¹⁹⁴ Das betrifft vor allem das Schulwesen, aber auch soziale Dienstleistungen. „Die Idee wird von der Gemeinde unterstützt. Aber Geld hat sie dafür nicht übrig. ‘Deshalb haben wir das über-

¹⁸⁸ o. V., „Menschen für Tettngang“ nimmt konkrete Formen an, in: Schwäbische Zeitung Tettngang vom 01.10.2011, S. 1.

¹⁸⁹ Füssel, Thomas, Engagement, das sich auszahlt, in: Reutlinger General-Anzeiger vom 23.09.2011, S. 21.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.

¹⁹¹ o. V., Die Bürger sollen stärker profitieren, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 30.09.2011, S. 36.

¹⁹² Girg, Bastian, Ein Geben und Nehmen, in: Neue Presse vom 23.09.2011, S. 9.

¹⁹³ Daschner, Andreas, Bürgerstiftung für den Landkreis, in: Fürstfeldbrucker Tagblatt vom 30.09.2011, S. 3.

¹⁹⁴ Gaasterland, Hendrick, Herrlich sitzen in Spellen, in: Rheinische Post vom 23.09.2011, o. S.

nommen. ... Die Stiftung fungiert ja als Geldsammelverein.'¹⁹⁵ Teilweise läuft es auf eine Ko-Finanzierung hinaus: „Das nötige Geld soll aus der Bürgerstiftung und Haushaltsmitteln fließen.“¹⁹⁶

Wenn die finanziellen Mittel vom Staat nicht mehr ausreichen, um soziale Einrichtungen zu unterstützen, muss das Geld von anderer Seite her fließen.¹⁹⁷ Die zugehörige Überschrift bringt die Botschaft auf den Punkt: „Wenn der Staat nicht helfen kann“.¹⁹⁸ Die staatliche Finanzierung reiche nicht aus, um eine angemessene Personalausstattung in sozialen Einrichtungen sicherzustellen, Stiftungen dürften die staatliche Finanzierung jedoch nicht ersetzen, wird der Geschäftsführer einer gemeinnützigen Einrichtung zitiert, die von der Stiftung unterstützt wird.¹⁹⁹ Die Privatisierung öffentlicher Finanzierung durch die Mobilisierung von Stiftungserträgen wird allerdings anders als in diesem Fall kaum problematisiert, sondern eher neutral dargestellt.

Kommentare sprechen die Problematik direkter an. „Angesichts des Rückzuges der öffentlichen Hand aus vielen Bereichen des öffentlichen Lebens (denn darauf laufen alle ernst gemeinten Sparbemühungen hinaus) bekommt das private Engagement eine immer höhere Bedeutung.“²⁰⁰ Bei der Projektförderung „wagt man sich auch auf umstrittenes Gebiet vor. An der Paffrather Grundschule unterstützt die Gladbacher Bürgerstiftung etwa die Sanierung der Toilettenräume. Ist das eine Aufgabe von Stiftungen? Tatsache ist, dass ohne diese Hilfe in diesem Jahr nicht saniert worden wäre. Und die Liste der Mängel im öffentlichen Raum ist lang. Gut ausgestattete Stiftungen hätten genug zu tun.“²⁰¹

(8) Partizipationsmöglichkeiten

28 Artikel (4,7 %), also vergleichsweise viele, sprechen Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten an. Wie die These zur bürgerschaftlichen Eigeninitiative spiegelt sich auch die These, dass Bürgerstiftungen Partizipationsmöglichkeiten bieten, vor allem in Berichten über Stiftungsgründungen und Aktivitäten der Stiftung wider. „Die Bürger können sich in Gremien oder konkreten Vorhaben einbringen oder sie sogar selbst entwickeln.“²⁰² „Voller Erwartungen waren die Vorsitzenden der verschiedenen .. Einrichtungen zur [Gründungs-]Feier erschienen, die durch eine alternierende Beteiligung im Stiftungsrat Mitspracherecht bei der

¹⁹⁵ Posny, Ursula, Aoyasianum soll zum Café werden, Für die Bürgerstiftung ist das Haus an der Basilika ein Zukunftsprojekt, in: Neue Ruhr Zeitung/ Neue Rhein Zeitung vom 27.09.2011, S. 16.

¹⁹⁶ Voltmann, Iris, Neuer Schwung für Affalterbachs reife Generation, Gemeinde und Bürgerstiftung investieren in ein rund 20 000 Euro teures Sportgerät, in: Marbacher Zeitung vom 24.09.2011, S. 4.

¹⁹⁷ Bombach, Franziska, Wenn der Staat nicht helfen kann, Die Wittener Sparkassen- und Bürgerstiftung unterstützt mehrere soziale und kulturelle gemeinnützige Einrichtungen, in: Westdeutsche Allgemeine WAZ vom 21.09.2011, S. 19.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Vgl. ebd.

²⁰⁰ Niewels, Matthias, Konkrete Bürgerhilfe, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.09.2011, S. 33.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² o. V., Investition in die Menschen, Bürgerstiftung soll in Tettngang gegründet werden, in: Südkurier vom 01.10.2011, S. 29.

Verwaltung des Kapitals haben.²⁰³ Abgesehen davon tauchen Hinweise darauf auf, dass Gründungstifter Mitbestimmungsrechte erwerben.²⁰⁴ Kein einziger Artikel erwähnte jedoch eine Stiferversammlung bzw. einen Stiferrat, d. h. das besondere Organ von Bürgerstiftungen, in dem Stifter solche Mitwirkungsrechte ausüben können.

In den Kontext Partizipation können auch Berichte über und Aufrufe zu Ideenwettbewerben eingeordnet werden, mit denen Bürger motiviert werden sollen, Vorschläge für künftige Aktivitäten der Stiftung und damit zur Gestaltung des Gemeinwesens zu machen. „Die Stiftung sucht .. noch nach weiteren Ideengebern für Projekte und Veranstaltungen. ‘Jeder ist herzlich eingeladen, in der Bürgerstiftung mitzuarbeiten’, schreibt die Stadt. [sic!]“²⁰⁵

Die Übergänge zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit und Mitbestimmung über die Förderpolitik der Stiftung sind dabei fließend und werden nicht immer auseinandergehalten. Die Bürger sollen „sich mit Engagement und Ideenreichtum in die Stiftungsarbeit einbringen“.²⁰⁶

(9) Gesellschaftliche Verankerung

Obwohl es nahe läge, wird die Verankerung der Stiftung in der Gesellschaft überhaupt nicht im Zusammenhang mit den Aspekten Eigeninitiative und/ oder Partizipation behandelt. Fünf Beiträge (0,8 %) stellen Bürgerstiftungen als egalitäre Einrichtungen dar, die alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen repräsentieren und in ihre Arbeit einbinden. Weitaus mehr Beiträge (15 Fälle/ 2,5 %) betonen dagegen den gesellschaftlichen Status wichtiger Akteure, ohne dies kritisch zu kommentieren.

Mehrere Beiträge berichten über Inhaber von Unternehmen, die als Stifter in die Stiferversammlung bzw. den Stiferrat der örtlichen Bürgerstiftung eintreten. Auch andere Angehörige lokaler Eliten werden mit der (Neu-)Besetzung von Gremien namentlich erwähnt. Andere Akteure werden nicht vorgestellt. Diese Art der Darstellung vermittelt den Eindruck, Bürgerstiftungen seien elitäre Zirkel.

Über das Kuratorium der Bürgerstiftung Hanau Stadt und Land erfährt der Leser z. B., dass der Oberbürgermeister den Vorsitz hat, der Landrat sein Stellvertreter ist und weitere Mitglieder der Dechant des Dekanates Hanau, der Probst des Sprengels Hanau, der Präsident

²⁰³ Packheiser, Christian, Zusammen viel mehr bewegen, Urkunde für eine eigene Bürgerstiftung im Apfeldorfer Pfarrhof unterzeichnet, in: Augsburger Allgemeine vom 30.09.2011, S. 27.

²⁰⁴ Vgl. o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

²⁰⁵ o. V., Ideengeber gesucht, Hofheim Bürgerstiftung fördert Projekte, in: Frankfurter Rundschau vom 23.09.2011, S. R10.

²⁰⁶ o. V., Initiative für die Zukunft Siegburgs, Bürgerstiftung will Engagement fördern, in: General-Anzeiger vom 22.09.2011, S. 22.

der IHK, ein Vorstandsmitglied der Sparkasse und ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter sind.²⁰⁷

Unabhängig davon kommt in Zitaten von Verantwortlichen ein gesellschaftspolitischer, integrativer Anspruch zum Ausdruck. „Die Bürgerstiftung führt Menschen zusammen, die in ihrem Lebensumfeld Verantwortung übernehmen und etwas verändern möchten. Sie investieren in ein gesellschaftliches Miteinander, ... zu dem alle beitragen können. ... Jeder kann mitmachen.“²⁰⁸

(10) Engagementförderung

„Ganz entspannt ins Ehrenamt“²⁰⁹ - die Rolle, die Bürgerstiftungen für die Engagementförderung spielen, ist diejenige These, die am häufigsten auftritt (9,2 %/ 55 Fälle), und zwar meist im Zusammenhang mit Meldungen über einzelne Stiftungsaktivitäten oder mit der Berichterstattung über die Gründung einer Bürgerstiftung und uneingeschränkt zustimmend. Erwähnt werden Formen freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements, das eine Stiftung mobilisiert hat, sowie das finanzielle Engagement für Förderprojekte der Stiftung. „Die Stiftung ist für alle offen, die sich einbringen und einen finanziellen Beitrag leisten wollen.“²¹⁰

Z. T. wird die Engagementförderung auch als Ziel der Stiftung präsentiert. Stifter „wollen .. Engagement auf allen Ebenen des städtischen Lebens fördern“²¹¹ bzw. „das ehrenamtliche Engagement ... [der Bürger] wirksamer stärken.“²¹² Ziel der Stiftung sei es, „'einen neutralen Marktplatz für das Ehrenamt zu schaffen' “. ²¹³

(11) Dienstleistung und Vernetzung

Dass Bürgerstiftungen Menschen, die Geld und/ oder Zeit spenden wollen, eine entsprechende Infrastruktur anbieten und eine Vermittlerrolle einnehmen, wird in 13 Beiträgen (2,2 %) angesprochen. Die Dienstleistungsfunktion und die Netzwerkarbeit werden fast nur im Zusammenhang mit (Kooperations-) Projekten und entsprechenden Angeboten erwähnt. „Die Bürgerstiftung .. startet eine neue Initiative, um Ideen und Engagement für die Gemein-

²⁰⁷ Vgl. o. V., Dechant Weber im Kuratorium, in: Gelnhäuser Tageblatt vom 30.09.2011, o. S.

²⁰⁸ o. V., „Mehr Lebensqualität für alle“, Interview mit Deike Winkler, der Vorsitzenden der Herforder Bürgerstiftung, in: Neue Westfälische vom 24.09.2011, S. Lokales 03.

²⁰⁹ Häggberg, Markus, Ganz entspannt ins Ehrenamt, in: Fränkischer Tag vom 24.09.2011, S. 9.

²¹⁰ Füssel, Thomas, Engagement, das sich auszahlt, in: Reutlinger General-Anzeiger vom 23.09.2011, S. 21.

²¹¹ o. V., Initiative für die Zukunft Siegburgs, Bürgerstiftung will Engagement fördern, in: General-Anzeiger vom 22.09.2011, S. 22.

²¹² Ebd.

²¹³ Gird, Bastian, Ein Geben und Nehmen, in: Neue Presse vom 23.09.2011, S. 9.

de zu bündeln.“²¹⁴ „Insgesamt wurden ... 1,4 Millionen Euro aktiviert, wobei die Bürgerstiftung weniger mit Eigenmitteln engagiert war, sondern eher als Türöffner auftrat.“²¹⁵

Das Selbstverständnis der betreffenden Bürgerstiftung kommt auch in Zitaten verantwortlicher Akteure zum Ausdruck: „Vielleicht können wir als Türöffner wirken, damit die Idee von jemand anderem umgesetzt wird.“²¹⁶ Die Stiftung dient als „ein Scharnier zwischen denen, die Ehrenamt benötigen und denen, die sich engagieren wollen.“²¹⁷

(12) Kommunikation

15 Artikel (2,5 %) berühren die Kommunikationspolitik von Bürgerstiftungen. Meist wird darüber im Zusammenhang mit Projektaktivitäten der Stiftung berichtet. Kommunikation wird dann als eine Form von Öffentlichkeitsarbeit präsentiert, indem z. B. über einen Tag der offenen Tür oder über die Mitwirkung an einer lokalen Messe berichtet wird. „Morgen ... präsentiert .. sich [die Bürgerstiftung] dort der Öffentlichkeit bei einem Stifterforum.“²¹⁸

In einem Beitrag (0,2 %) wird moniert, die Öffentlichkeit erfahre wenig über die neu errichtete Bürgerstiftung. Die Erwartungen seien hoch, obwohl „einige ... aus dem 'Mangel an Grundinformationen' der Stiftung etwas kritisch gegenüberstünden.“²¹⁹ Trotz inhaltlicher Bezüge wird das Thema Transparenz im Zusammenhang mit Kommunikation überhaupt nicht behandelt.

Dass Bürgerstiftungen in der Lage sind, die Anliegen von gesellschaftlichen Minderheiten zu artikulieren, kommt in den Beiträgen nicht vor. Die einzige Ausnahme ist ein sehr allgemein gehaltener Aufruf eines Vorstandsvorsitzenden, der mit den Worten zitiert wird, „die Bürgerstiftung brauche Unterstützung aus der Breite der Bevölkerung heraus ... Nur dann könne man Hilfe zur Selbsthilfe leisten und soziale Themen nach vorne bringen.“²²⁰ Falls einzelne Bürgerstiftungen sich tatsächlich als Themenanwälte verstehen und so agieren wollen, gelingt ihnen dies noch nicht. Die Medien scheinen dieses Anliegen nicht aufzugreifen.

(13) Transparenz

7 Beiträge (1,2 %) weisen einen Bezug zur Transparenz von Bürgerstiftungen auf. Der Aspekt Transparenz als solcher wird allerdings nicht explizit erwähnt, weder als allgemeine Anforderung noch als wertende Aussage über eine einzelne Bürgerstiftung. Eine Ausnahme

²¹⁴ o. V., Zusammen in die Zukunft, Bürgerstiftung Nottuln lädt Unternehmer ein, in: Westfälische Nachrichten vom 24.09.2011, o. S.

²¹⁵ Adam, Willi, Gutes Zeugnis für die „Wiesionen“, in: Badische Zeitung vom 01.10.2011, S. 31.

²¹⁶ Lohmann, Oliver, Wer will 1 000 Euro haben? Bürgerstiftung will Projekte fördern, die dem Gemeinwohl dienen, in: Wormser Zeitung vom 21.09.2011, o. S.

²¹⁷ Girg, Bastian, Ein Geben und Nehmen, in: Neue Presse vom 23.09.2011, S. 9.

²¹⁸ Buchbauer, Andreas, Bürgerstiftung bezieht eigene Geschäftsstelle, in: Neuß-Grevenboicher Zeitung vom 21.09.2011, o. S.

²¹⁹ Packheiser, Christian, Zusammen viel mehr bewegen, Urkunde für eine eigene Bürgerstiftung im Apfeldorfer Pfarrhof unterzeichnet, in: Augsburg Allgemeine vom 30.09.2011, S. 27.

²²⁰ Ray, Roland, Hilfen: Bürgerstiftung schüttet 13 000 Euro aus, in: Schwäbische Zeitung Laupheim vom 22.09.2011, S. 2.

sind zwei Artikel über die Verleihung des Gütesiegels. Dass eine Bürgerstiftung entsprechend agiert, ergibt sich vielmehr aus der Veröffentlichung ihrer Finanzdaten in der lokalen Presse.²²¹ Doch auch dazu ist die Ausbeute mit zwei Artikeln sehr gering.

In einem Fall wird gegen eine kommunalpolitisch unerwünschte Gründungsinitiative der Vorwurf der Intransparenz erhoben. Anders als bei der neu gegründeten Bürgerstiftung „ ‚wissen die Bürger [bei den örtlichen Fördervereinen] genau, was mit ihrem Geld passiert.‘ “,²²² wird ein politischer Gegner zitiert.

Angesichts der Bedeutung, die das Thema Transparenz für spendensammelnde Non-Profit-Organisationen inzwischen hat, ist es ein überraschender Befund, dass die Presse den Finanzdaten von Bürgerstiftungen und der Verwendung von Spenden so wenig Aufmerksamkeit schenkt.

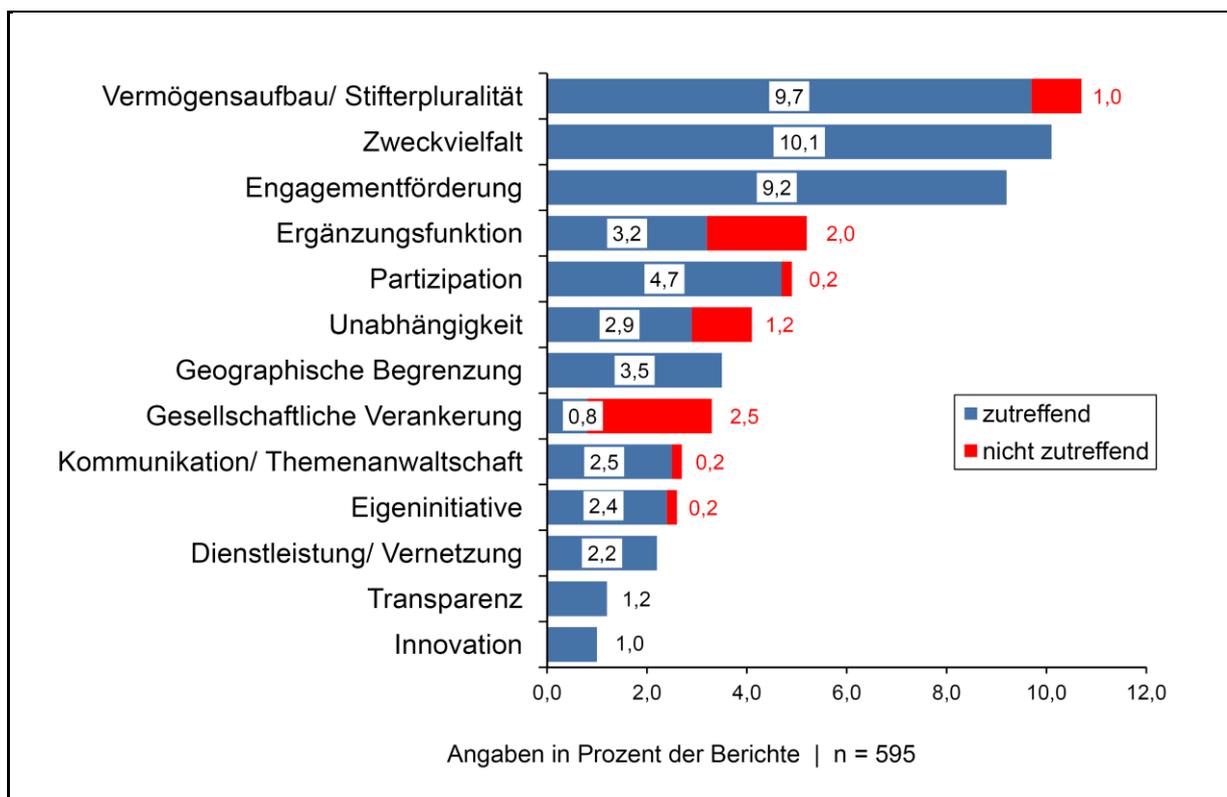


Abb. 9: Thesen und Antithesen über Bürgerstiftungen

²²¹ Vgl. z. B. Vogt, Stefan, Bürgerstiftung wächst weiter, in: HAZ-Leine-Nachrichten vom 27.09.2011, S. 5.

²²² Rost, Andrea, Eine Stiftung die keiner will, Politiker und Bürger rätseln über die Motive von FDP-Politiker Klaus-Peter König, in: Frankfurter Rundschau vom 01.10.2011, S. R12.

5. Fazit

Die Bedeutung, die Bürgerstiftungen im engagementpolitischen Kontext zugeschrieben wird, spiegelt sich nicht im Umfang der Berichterstattung wieder. Ereignisse, die in der Bürgerstiftungsszene Bedeutung haben (Verleihung des Gütesiegels des Bundesverbandes, Tag der Bürgerstiftungen), werden von den Medien kaum aufgegriffen. Folglich nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz davon.

Diejenigen Beiträge, die Bürgerstiftungen am ausführlichsten vorstellen und mehrere Merkmale berücksichtigen, beziehen sich in der Regel auf Stiftungsgründungen. Dabei werden häufig Vertreter von Bürgerstiftungen zitiert, die deren Selbstverständnis zum Ausdruck bringen und um eine Mitwirkung der Bürger und damit der Leser werben. Wie umfassend und wie oft über eine (geplante) Stiftungsgründung berichtet wird, konnte im Rahmen dieser Studie nicht untersucht werden. Somit sind keine Aussagen darüber möglich, welche Bedeutung lokale Medien einem solchen Ereignis beimessen.

Auch wenn kontroverse Themenbereiche angesprochen werden (Unabhängigkeit, Verhältnis Kommune/ Bürgerstiftung, Elitenbildung statt gesellschaftliche Integration), erscheint die Auswahl der Sachverhalte und deren Darstellung in den analysierten Medien überwiegend wohlwollend. Die meisten Artikel (46,1 % von 595 Fällen) sind von einer positiven, befürwortenden Einstellung zu Bürgerstiftungen geprägt bzw. zitieren entsprechende Äußerungen. Dazu zählt z. B. der „Dank dafür, ‘dass die Stiftung so viel Gutes tut.’“²²³ Eine neutrale Haltung ist bei 15,15 % festzustellen. Kritische Untertöne gab es nur in neun Artikeln (1,5 %).²²⁴ Unter den betrachteten Artikeln waren nur zwei, die Missstände in der Stiftungsarbeit aufgriffen, nämlich ein gescheitertes Projekt²²⁵ und die wirtschaftliche Schieflage eines zur Stiftung gehörenden wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes: „Bürgerstiftung – ein Senkrechstarter in Turbulenzen“.²²⁶ Ein weiterer Bericht bezog sich auf eine von der Stadt nicht gewollte Stiftungsgründung.²²⁷ Zwei Kommentare hinterfragten die Finanzierung öffentlicher Aufgaben aus Stiftungsmitteln.²²⁸

²²³ Daschner, Andreas, Bürgerstiftung für den Landkreis, in: Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 30.09.2011, S. 3.

²²⁴ Bei 37 % der Beiträge war dieses Merkmal nicht zuzuordnen, da eine Bürgerstiftung nur erwähnt, aber nicht näher beleuchtet wurde.

²²⁵ Vgl. Hautermanns, Heiner, Grassofa war „nicht innenstadt-tauglich“, Das acht Tonnen schwere und 2008 installierte Gesamtkunstwerk auf der Oppenhoffallee hat dem Zahn der Zeit nicht standgehalten, in: Aachener Nachrichten vom 30.09.2011, S. 15.

²²⁶ o. V., Bürgerstiftung – ein Senkrechstarter in Turbulenzen, Das Hotel-Restaurant Stifftgut Keysermühle hat finanzielle Probleme, Alle Angestellten von Änderungskündigung betroffen, in: Die Rheinpfalz – Pfälzer Tageblatt/ Rheinschiene vom 01.10.2011, S. 20.

²²⁷ Vgl. Rost, Andrea, Eine Stiftung die keiner will, Politiker und Bürger rätseln über die Motive von FDP-Politiker Klaus-Peter König, in: Frankfurter Rundschau vom 01.10.2011, S. R12.

²²⁸ Niewels, Matthias, Konkrete Bürgerhilfe, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.09.2011, S. 33; ders., Helfer starten Hilferuf, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.09.2011, S. 33.

Die gemeinwohlorientierten Aktivitäten von Bürgerstiftungen stehen bei der Berichterstattung klar im Vordergrund. Welches Bild von Bürgerstiftungen im Allgemeinen und von der örtlichen Bürgerstiftung im Besonderen dadurch bei den Lesern entsteht, müsste bei den Rezipienten und auf den Einzugsbereich des betreffenden Mediums bezogen untersucht werden. Es ist zu vermuten, dass diejenigen Aspekte, die in der Berichterstattung dominieren, auch die Einstellungen zu Bürgerstiftungen prägen. Das sind die öffentlich wirksame Stiftungsarbeit und die Tatsache, dass Bürgerstiftungen bürgerschaftliches Engagement in Form von Geld- und Zeitspenden kanalisieren. Die gesellschaftspolitische Dimension Engagement fördernder Infrastruktur dürfte weniger intensiv wahrgenommen werden.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Bürgerstiftung gibt es nicht. Oben wurden verschiedene Fälle, die ein Spannungsfeld unterschiedlicher Positionen andeuten, wörtlich zitiert. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Diskurs über Funktionen von Bürgerstiftungen in den untersuchten Medien kaum stattfindet.

In der Berichterstattung wird nicht zwischen kommunalen Bürgerstiftungen und Bürgerstiftungen im Sinne der „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“ differenziert, obwohl dies angesichts der zwangsläufig unterschiedlichen Charakteristika wünschenswert wäre. Vor allem die Aussagen über den Grad der Unabhängigkeit der jeweils betrachteten Bürgerstiftung können nicht verallgemeinert werden. Möglicherweise erschwert es diese undifferenzierte Form der Darstellung den Mittlerorganisationen wie dem Bundesverband Deutscher Stiftungen mit der Initiative Bürgerstiftungen und der Aktiven Bürgerschaft, eine Marke Bürgerstiftung²²⁹ zu etablieren, d. h. ein konsistentes Image der Organisationsform Bürgerstiftung zu vermitteln.

Bürgerstiftungen haben einen geringen Nachrichtenwert. „Stifter und Stiftungen müssen immer wieder eine Erfahrung machen: Daß [sic!] sich Journalisten für Stiftungsfragen ... nicht wirklich interessieren.“²³⁰

²²⁹ S. dazu Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009), S. 30-35.

²³⁰ Leisner (1977), S. 101.

Quellenverzeichnis

- Arbeitskreis Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2010): 10 Merkmale einer Bürgerstiftung, Stand 2010, <<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/guetesiegel/die-10-merkmale.html>> [2012-06-28]
- Barth, Annette (2012): Bürgerstiftungsschelte, Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen, Berlin <http://www.institut.maecenata.eu/resources/2012_0p53.pdf> [2012-12-19]
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, Berlin, 6. Oktober 2010, online unter URL: <http://www.engagementzweinull.de> [2010-12-18]
- Bock, Irmtraud (2006): Stiftungen und Gemeinden, Stuttgart
- Brömming, Ulrich (2009): Entstehungsgeschichten deutscher Bürgerstiftungen, in: Turner, Nikolaus (Hrsg.), Die Anfänge der Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland, Berlin, S. 47-105
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2007): StiftungsReport 2007, Schwerpunkt Bürgerstiftungen, Berlin
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2009): Vor Ort aktiv – deutschlandweit, Bürgerstiftungen stellen sich vor 2009/10, Berlin
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2011): Verzeichnis Deutscher Stiftungen, Bd. 1, Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen, 7. Aufl., Berlin
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, BT 14/8900 vom 03.06.2002
- Fischbach, Christian (2005): Bürgerstiftungen und Partizipation, Betrachtungen zu den Stakeholdern von Bürgerstiftungen, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 147-159
- Haarhoff, Heike (2012a): Das System Organspende, in: taz vom 28.03.2012, S. 5
- Dies. (2012b): Teure Füller, Dienstwagen, und Jobs für Verwandte, in: taz vom 29.03.2012, S. 6
- Hellmann, Bernadette (2005): Bürgerstiftungen, Die besseren Akteure zur Förderung von Bürgerengagement vor Ort?, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 213-230
- Hellmann, Bernadette (2013): Bürgerstiftungen zwischen Innovation und Herausforderung, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 52-54
- Hinterhuber, Eva-Maria (2005): Bürgerstiftungen in der Zivilgesellschaft, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 179-194
- Hoelscher, Philipp/Hinterhuber, Eva-Maria (2005): Von Bürgern für Bürger? Bürgerstiftungen in Deutschlands Zivilgesellschaft, Berlin

- Holland-Letz, Matthias (2012): Milliardenschwer und steuerbegünstigt, Wer kontrolliert die Stiftungen?, Deutschlandfunk, Das Feature vom 23.10.2012, 19.15 Uhr
- Kalupner, Sibylle (2000): Das Stiftungswesen im politischen Diskurs 1983-2000, Eine Evaluationsstudie zur Reform des Stiftungsrechts und zur Rolle der Politikberatung in diesem Prozess, Berlin
- Leisner, Walter (1977): Stifter und Stiftungen in der öffentlichen Meinung, in: Hauer, Rolf (Hrsg.), Deutsches Stiftungswesen 1966-1976, Wissenschaft und Praxis, Tübingen, S. 101-107
- Müller, Karin (2005): Bürgerstiftungen und ihre Charakteristika, Anspruch und Realität, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 67-91
- Nährlich, Stefan/Hellmann, Bernadette (2008): Bürgerstiftungen, in: Habisch, André/Schmidpeter, René/Neureiter, Martin (Hrsg.), Handbuch Corporate Citizenship, Corporate Social Responsibility für Manager, Berlin/Heidelberg, S. 231-239
- Nährlich, Stefan/Hellmann, Bernadette/Grabsch, Andreas (2013): Erfolgsbilanz nach 15 Jahren Bürgerstiftungen führt auch zu Imitationen, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 82-86
- Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf (2005): Zur Standortbestimmung von Bürgerstiftungen und Zivilgesellschaft, in: Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.), Bürgerstiftungen in Deutschland, Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 9-23
- O. V. (2013): Bürgerstiftungen in Deutschland, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 67-69
- Pfeiffer, Christian (1999): Die Bürgerstiftung, Ein neuer Weg zur gesellschaftlichen Innovation, in: Iben, Gerd/Kemper, Peter/Maschke, Michael (Hrsg.): Ende der Solidarität? Gemeinsinn und Zivilgesellschaft, Münster, S. 116-126
- Sandberg, Berit (2011): Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie, Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit, in: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen, 9. Jg., 2011, H. 3, S. 81-87
- Dies. (2013): Wie viel „Bürger“ ist in Bürgerstiftungen drin?, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 138-139
- Schuler, Thomas (2010): Bertelsmannrepublik Deutschland, Eine Stiftung macht Politik, Frankfurt a. M./New York
- Warnow, Bodo (2013): Bürgerstiftungen in Deutschland 2012, Fakten und Trends, in: Aktive Bürgerschaft (Hrsg.), Diskurs Bürgerstiftungen, Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen, Berlin, S. 55-58

MAECENATA INSTITUT

AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Das Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin, gegründet 1997, ist eine unabhängige sozialwissenschaftliche Einrichtung in Trägerschaft der MAECENATA STIFTUNG. Es widmet sich der Forschung und Lehre, der öffentlichen Information und der Politikberatung. Ziel der Arbeit ist die Stärkung der Zivilgesellschaft durch Grundlagenarbeit und wissenschaftlichen Diskurs. Das Institut ist seit 2004 der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung verbunden.

Forschungsschwerpunkte des Instituts sind:

- Philanthropie / Stiftungswesen,
- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement,
- Zivilgesellschaft und Staat,
- Zivilgesellschaft in anderen Forschungs- und Praxiskontexten,

Bisher wurden rd. 60 einzelne **Forschungsprojekte** durchgeführt, aus denen ca. 300 **Publikationen** entstanden sind. Die Forschungstätigkeit erfolgt vielfach in **Kooperation** mit anderen Einrichtungen. Zu den Projekten gehören z.B.

- Spenden in interdisziplinärer Perspektive,
- Venture Philanthropy – neue Formen der Philanthropie
- Forschungsberichte „Statistiken zum deutschen Stiftungswesen“
- Partner für Deutschland und Nordeuropa im Projekt „Philanthropication through Privatization“,
- Stadtentwicklung, bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft,
- Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts,
- Deutschland-Studie des Projekts Civicus Civil Society Index.

Das Institut führt Forschungsaufträge aus und erarbeitet Studien, Gutachten und Stellungnahmen. Im Haus und anderswo erarbeitete Forschungsergebnisse werden in Colloquien zur Diskussion gestellt.

Mitarbeiter des Instituts lehren im **Masterstudiengang** Sozialwissenschaften in der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität sowie im **Weiterbildungsstudiengang** Master of Nonprofit Administration der Universität Münster. Sie stehen darüber hinaus für Lehr- und Vortragsverpflichtungen an Universitäten, Akademien und anderen Stellen im In- und Ausland zur Verfügung.

Dauerprojekte des Instituts sind zurzeit u.a.

- das **Forschungscollegium**, ein interdisziplinäres Lern- und Austauschforum für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum,
- die **Datenbank deutscher Stiftungen**, seit 1989 Datengrundlage für statistische Übersichten und andere wissenschaftliche Auswertungen, den **Maecenata Stiftungsführer** (6. Auflage 2010) und individuelle Recherchen,
- die **Maecenata Forschungsdatenbank** zu laufenden und abgeschlossenen Forschungsarbeiten im Bereich der Zivilgesellschaftsforschung in Deutschland,
- die Publikationsreihe **Maecenata Schriften**, offen für wissenschaftliche Veröffentlichungen mit thematischem Zusammenhang (Buchreihe mit bisher 9 Ausgaben im Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart),
- die Publikationsreihe **Opuscula**, offen für Veröffentlichungen mit thematischem und Arbeitszusammenhang (im Maecenata Verlag): bisher über 55 Veröffentlichungen zum Download über www.maecenata.eu,
- der Newsletter **Maecenata Notizen** (elektronisch, 3 mal jährlich),
- die Koordination des **Berliner Kreises für Zivilgesellschaftsforschung**.

An den Projekten arbeiten haupt- und ehrenamtliche wissenschaftliche Mitarbeiter sowie Honorarkräfte mit. Das Institut verfügt über Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland.

Das Institut finanziert seine Arbeit zu einem kleinen Teil aus Mitteln der Trägerstiftung, im Übrigen ausschließlich aus Dritt-Mitteln, d.h. projektgebundenen Zuwendungen von Stiftungen und öffentlichen Zuwendungsgebern. Das Institut ist außerdem auf Spenden angewiesen.

Informationen

Kontakt

www.maecenata.eu

Maecenata Institut
Wilhelmstrasse 67
D – 10117 Berlin

Tel.: +49 30 2838 7909

FAX: +49 30 2838 7910

mi@maecenata.eu

Leitung

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter www.opuscula.maecenata.eu

2010	Nr. 42	50 Jahre DESY Zur Rechtsformproblematik einer vom Staat gegründeten Stiftung <i>Wiebke Eggers</i>
	Nr. 43	Engagierte Menschen Vier Fallstudien <i>Priska Daphi, Angela Berger, Sandra Rasch und Anna Steinfort</i>
	Nr. 44	Transparenz, Akzeptanz und Legitimität Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive <i>Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz</i> Mitarbeit: <i>Christoph Kahlert</i>
	Nr. 45	Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken <i>Alexander Freiherr v. Strachwitz</i>
	Nr. 46	Transparenz in der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
<hr/>		
2011	Nr. 47	Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus <i>Andreas Werner</i>
	Nr. 48	Der neue Bundesfreiwilligendienst Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 49	Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge <i>Carolin Häberlein, Johannes Nössler und Stefanie Vorberger</i>
	Nr. 50	Empirische Studien zur Zivilgesellschaft Stiftungen, Bibliotheken, Internet <i>Rainer Sprengel</i>
	Nr. 51	Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Bürgerinitiativen <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 52	Quo vadis Deutschlandstipendium Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>
<hr/>		
2012	Nr. 53	Bürgerstiftungsschelte. Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen. Eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg <i>Annette Barth</i>
	Nr. 54	Zivilgesellschaft und Integration Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele <i>Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel</i>
	Nr. 55	Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren <i>Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 56	Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung <i>Colin Beyer</i>
	Nr. 57	Bürgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation Die Wirkung des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik <i>Daniela Neumann</i>
	Nr. 58	Chinas philanthropischer Sektor auf dem Weg zu mehr Transparenz <i>Dorit Lehrack</i>
	Nr. 59	Zweifelhafte Autonomie Zur Orientierung gemeinnütziger Organisationen an sozialen Investitionen. Eine neoinstitutionalistische Perspektive. <i>Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 60	Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen: eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität <i>Marisa Klasen</i>
	Nr. 61	Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland <i>Herfried Münkler</i>

URN: urn:nbn:de:0243-062013op623

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840